



Finanzgruppe
Baden-Württemberg

Gesellschaft, Technologie, Finanzen, Energie
... wo stehen wir im Jahr 2020?

Vorträge

Kommunal
Forum

26. September 2006

Kongresshaus Baden-Baden



Herausgeber:

SparkassenVerband
Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

Januar 2007

Inhaltsverzeichnis

Deutschland 2020.

Wie wir in Zukunft arbeiten und leben

Prof. Dr. Horst W. Opaschowski

Universität Hamburg

Gründer des B.A.T. Freizeitforschungsinstituts

5

Die Finanzpolitik vor notwendigen Reformen

Prof. Dr. Rolf Peffekoven

Universität Mainz

Von 1991-2001 Mitglied des Sachverständigenrates

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

19

Energie! – Lösungen für Deutschlands Energiepolitik

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Humboldt Universität Berlin

Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt

am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

30

Technik des 21. Jahrhunderts –

Perspektiven für die Zukunftsmärkte

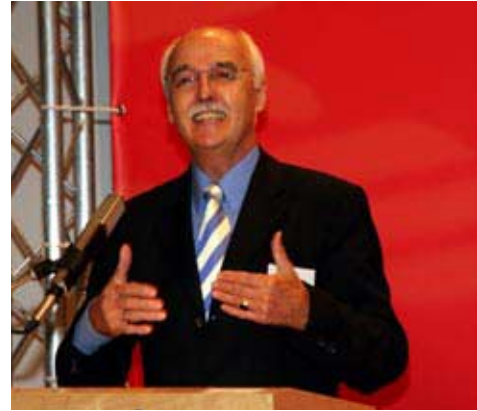
Prof. Dr. Hans-Jörg Bullinger

Präsident der Fraunhofer Gesellschaft

42

Vorträge

Deutschland 2020. Wie wir in Zukunft arbeiten und leben.



Prof. Dr. Horst W. Opaschowski
Universität Hamburg
Gründer des
B.A.T. Freizeit-
forschungsinstituts

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine spannende Ära wurde Ihnen gerade versprochen, Sie werden schon sehen, was Sie davon haben, was da in den nächsten 14 Jahren auf Sie zukommt. Vielleicht lassen Sie mich mit einer Geschichte beginnen. Ich weiß nicht, kennen Sie die Fabel von der Ameise und der Grille? Sie geht sinngemäß so: Es gab einmal eine fleißige Ameise: Sie arbeitete hart während des ganzen Sommers, baute ihr Haus und legte Vorräte für den Winter an. Die Grille jedoch dachte: „Was für ein Narr ist doch diese Ameise!“ Die Grille sang und lachte und tanzte und spielte den ganzen Sommer lang. Doch es kam der Winter. Die Ameise hatte es in ihrem Haus behaglich warm und genug zu essen. Die Grille jedoch, die weder für eine Unterkunft noch für Nahrungsvorräte gesorgt hatte, starb elend in der Kälte. So weit die Ihnen bekannte klassische Version der Geschichte.

Eine moderne Version im 21. Jahrhundert könnte aber auch so enden: Es kam der Winter – und die frierende Grille berief eine Pressekonferenz ein, in der sie danach fragte, ob es mit den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit vereinbar sei, dass die Ameise ein so großes beheiztes Haus und zusätzlich Nahrungsvorräte im Überfluss habe, während andere in der Kälte litten und hungerten. RTL-Reality-TV zeigte in der Serie „Ich bin arm – wer holt mich hier raus?“ Bilder von der fröstelnden Grille und in starkem Kontrast dazu Aufnahmen von der Ameise in ihrem gemütlichen Heim. Führende

Kommentatoren der kritischen Presse zeigten sich schockiert und fragten: „Wie ist es möglich, dass in einem Sozialstaat so viel Armut zugelassen wird?“

Der Fall erregte landesweite Aufmerksamkeit. Die Politiker nutzten jeden öffentlichen Auftritt, um ihre Solidarität mit der armen Grille zu bekunden, indem sie erklärten, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um der Grille ihren gerechten Anteil am allgemeinen Wohlstand zu verschaffen und die hartherzige Ameise eben lernen müsse zu teilen. Schon wenig später beschloss das Parlament ein Antidiskriminierungsgesetz zur wirtschaftlichen „Gleichstellung der Insekten“, das die Ameisen mit einem Solidaritätszuschlag auf ihre Einkommenssteuer belegte. Die moderne Version dieser Fabel hat schließlich ein vermeintliches Happy End: Die Grille bekommt ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand und die Ameise muss noch härter arbeiten.

Natürlich ist dies nur eine Fabel, die die Wirklichkeit pointiert überzeichnet. Denn sie unterstellt, dass jede arme Grille für ihr Schicksal selbst verantwortlich ist. Wäre es nicht auch möglich, dass die Grille nicht tanzt und nicht spielt, sondern verzweifelt nach Vorräten sucht und keine findet? Im Kern enthält die Fabel jedoch eine bittere Wahrheit: Immer weniger arbeiten immer mehr – heute und erst recht in Zukunft.

Wohin geht die Reise? Was kommt auf uns zu? Wohlstandsverlust oder Lei-

stungssteigerung, Konsumverzicht oder neue Lebenslust? Wie werden wir leben? In Zukunft gibt es

- weniger Erwerbsfähige und weniger Beitragszahler, die einen Rentner finanzieren,
- sinkt das Rentenniveau,
- altert die Gesellschaft und schrumpft die Bevölkerung.

Ökonomisch gesehen wird es den Menschen nicht mehr so gut gehen wie heute. Die Menschen spüren dies – zugespitzt in der Erkenntnis: Die fetten Jahre sind vorbei – das Schlaraffenland ist abgebrannt.

Noch in George Orwells 1948 geschriebenem Zukunftsroman „1984“ verkündete das sogenannte Ministerium für Überfülle den Menschen „herrliche Neuigkeiten“ und ein „neues glückliches Leben.“ Und das hieß konkret: Mehr Textilien, mehr Häuser, mehr Möbel, mehr Kochtöpfe, mehr Brennstoff, mehr Schiffe, mehr Helikopter ... Das energieintensive Konsumgebaren war kaum noch zu steigern. Die Orwellsche Vision von Überfülle und Immer-Mehr fand in der westlichen Welt im Traum vom Überfluss ihre vermeintliche Erfüllung. Die westlichen Konsumgesellschaften lebten jahrzehntlang in der Vorstellung, das Zeitalter des Wohlstands sei angebrochen und es ginge lediglich noch um die Frage, was wir in Zukunft alles noch haben wollten.

In der ganzen Welt soll es – sieht man einmal von Ameisen, Bienen und Termiten ab – kein anderes Lebewesen geben, das sich wie der Mensch die Hortung und den Besitz von Gütern zur Lebensaufgabe gemacht hat und sich verzweifelt an erworbene Güter klammert. Doch der Automatismus – mehr Wachstum gleich mehr Wohlstandsgüter – funktioniert nicht mehr. Der naive Glaube, alles könne permanent gesteigert und eine Niveauebene höher gefahren werden, ist infragegestellt. In Wirtschaft und Politik setzt sich eher die Erkenntnis durch: Der Fahrstuhl-Effekt, wonach wir stetig nach oben fahren in eine Welt, in der es uns immer besser geht, wird vom Paternoster-Prinzip abgelöst: Einige fahren nach oben, andere nach unten – und müssen auf halber Strecke oder gar unten aussteigen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebt nur noch eine Minderheit der Deutschen vom eigenen Verdienst. Alle anderen beziehen Rente (23,1%), bekommen Sozial- und Arbeitslosenhilfe (8,3%) oder werden von der eigenen Familie und ihren Angehörigen (29,2%) unterstützt. Eine in den achtziger Jahren von mir prognostizierte und seinerzeit als Horror-Vision empfundene 40-zu-60-Gesellschaft, in der auf 4 Erwerbstätige 6 Nichterwerbstätige kommen und damit das „Ende der Anspruchsgesellschaft“ (Opaschowski 1983, S. 176) besiegeln, ist in Deutschland heute Wirklichkeit geworden.

Dieser Negativtrend setzt sich weiter fort, da wegen der hohen Lebenserwartung der Anteil der Rentnerhaushalte weiter zunimmt und in naher Zukunft mit einer spürbar sinkenden Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen ist. Die Erwerbsgesellschaft in Deutschland wird spätestens im Jahre 2020 eine Ein-Drittel-Gesellschaft sein. Die übrige Zwei-Drittel-Gesellschaft wird dann nur noch ein Rentenniveau als Basissicherung und Grundversorgung erwarten können und sich ansonsten selber helfen müssen – vom Do-it-yourself über Nachbarschaftshilfen und Zusatzverdienste bis hin zur finanziellen Unterstützung durch Familienangehörige.

Was folgt daraus für die Entwicklung der nächsten Jahre? In der Forschung wird die Grundrichtung einer langfristigen Entwicklung „Zukunftstrend“ genannt: Ein Zukunftstrend muss mindestens fünf bis zehn Jahre lang richtungweisend sein und unterscheidet sich dadurch wesentlich von kurzlebigen Moden und Zeitgeistströmungen, wie sie Trend- und Werbeagenturen – heute so und morgen so – verkünden. Sie sagen uns nur immer, was gerade „im Trend“, also „trendy“ ist. Zukunftstrends hingegen basieren auf statistischen Zeitreihen, also Repräsentativerhebungen im Zeitvergleich der letzten zehn bis zwanzig Jahre. Für den Zukunftsforscher gilt: Ich prophezeie gar nichts. Ich beobachte nur, was war und was geschieht und wäge mögliche Folgen für die Zukunft ab. Ich will nicht Wahrsager, sondern Wegweiser und Weichensteller sein.

Müssen aber nicht angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Lage konkrete Aussagen, die sich auf Entwicklung, Veränderung und Zukunftsperspektiven beziehen, auf den ersten Blick unrealistisch erscheinen? Lassen globale Krisen präzise Prognosedaten nicht schnell zur Makulatur werden? Die bisher von mir veröffentlichten Prognosen auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsbefragungen haben in den vergangenen Jahren eine relativ große Treffsicherheit erzielt, weil es mir dabei immer nur um eine Frage ging und geht: Was will der Mensch? Nur am Rande interessiert mich die Frage, was technologisch „alles möglich wäre“.

Daraus folgt: Große gesellschaftliche Veränderungen von der Perestroika bis zur deutschen Vereinigung kann ich nicht prognostizieren, auch Kriege und Krisen von der Energiekrise über den Golfkrieg bis zu den Terroranschlägen in New York und Madrid nicht - voraussagbar aber sind für mich die Lebens- und Verhaltensweisen der Menschen in den nächsten Jahren. Welche Zukunftstrends zeichnen sich bereits heute ab?

Zukunftstrend 1:

Die Globalisierung und die Arbeitswelt

Vor über einhundert Jahren kam es in den nordöstlichen Bundesstaaten Brasiliens unter Führung des Wanderpredigers Ibiapina zu einem Bauernaufstand gegen das Dezimalsystem. Die Bauern überfielen Geschäfte und Lagerräume und zerschlugen die neuen Kilogewichte und Metermaße, welche die Monarchie eingeführt hatte, um das brasilianische System an die übrige Welt anzuschließen und den weltweiten Handel zu erleichtern. Der Aufstand der sogenannten Kilobrecher gegen diese Globalisierung scheiterte kläglich. Das Rad der Zeit war einfach nicht mehr aufzuhalten.

Die heutigen Kilobrecher heißen Globalisierungskritiker oder -gegner. Ihnen geht es allerdings weniger um den Widerstand gegen gesellschaftliche Neuerungen, als viel mehr um die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit und um die Utopie einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Die Angst wächst, dass sich durch die Globalisierung die Schere zwischen Arm und Reich in der

Welt weiter öffnet. Die Alternative für viele Länder lautete bisher nur: Anpassung an die westliche Welt – oder Ausgrenzung. Anpassung aber konnte Selbstverleugnung mit erniedrigenden Nebenwirkungen bedeuten. So sprießen beispielsweise zur Zeit die Call-Center in Indien wie Pilze aus dem Boden. Da sitzen dann indische Frauen, „denen ein amerikanischer Akzent antrainiert wird. Am Telefon müssen sie sich Susi und Jenny nennen und so tun, als säßen sie irgendwo in Amerika“ (Roy 2001, S. 32).

In der Realität der Marktforschung von heute zeigen sich schon erste Grenzen der Globalisierung, weil z.B. die globale Methode, das gleiche Produkt überall in der Welt auf die gleiche Weise zu vermarkten, nicht immer funktioniert. Von einigen wenigen Produkten wie z.B. Coca-Cola oder Harley Davidson einmal abgesehen hat die globale Vermarktung zu teilweise spektakulären Fehlschlägen geführt: Die Chinesen lachen sich derzeit über die missverständliche Übersetzung des Limonadennamens 7Up („Tod durch Trinken“) kaputt (vgl. Fischermann 2000, S. 26). Glaubwürdigkeit lässt sich nur durch nationale und lokale Bezüge herstellen.

Der MTV-Sender beruft sich in diesem Zusammenhang auf einen ganz bewusst neuen Begriff: Glokalisierung – eine Mischung aus Globalisierung und Lokalisierung. Gegen die McDonaldisierung der Welt setzt MTV erfolgreich die weltweite Glokalisierung und strahlt von Brasilien bis China rund dreißig regionale Programme aus, die sich an lokalen Besonderheiten orientieren. Glokalisierung schließt auf diese Weise Weltläufigkeit genauso ein wie Regionales, also Heimat und Nestwärme.

In letzter Konsequenz bedeutet Globalisierung allerdings auch Verteilung der Arbeit rund um den Globus, also Arbeitsplatz-Export, ja Arbeitsplatz-Abbau. Und auch für die übrigen verbleibenden Vollzeitbeschäftigten gilt: Ihre Arbeit wird immer intensiver und konzentrierter, zeitlich länger und psychisch belastender, dafür aber auch – aus der Sicht der Unternehmen – immer produktiver und effektiver. Die neue Arbeitsformel für die Zukunft lautet: 0,5 x 2 x 3, d.h. die Hälfte

der Mitarbeiter verdient doppelt so viel und muss dafür dreimal so viel leisten wie früher. Die ständige Produktivitätssteigerung bewirkt, dass immer weniger Mitarbeiter immer mehr leisten und immer länger arbeiten müssen.

Zukunftstrend 2:

Die Dominanz der Dienstleistung

Unlängst traf ich eine Krankenschwester. „Welche Art von Pflege machen Sie?“ fragte ich sie. Sie strahlte. „Ich habe mich auf Zwillinge spezialisiert. Ich zeige ihren Eltern, wie man in den ersten Monaten nach der Geburt mit ihnen umgehen sollte.“ Dann fügte sie streng hinzu: „Keine Drillinge, nur Zwillinge.“ „Das muss aber doch ein ziemlich kleiner Nischenmarkt sein“ überlegte ich laut. „Gar nicht. Sehen Sie, hier leben eine Menge Doppelverdiener, die erst einmal Karriere machen wollen. Sie warten gewöhnlich mit dem Kinderkriegen, bis sie Ende Dreißig, Anfang Vierzig sind. Da brauchen sie oft schon fruchtbarkeitsfördernde Mittel, und dann endet es mit Mehrfachgeburten. Jetzt wollen sie Hilfe, aber sie haben Geld und sind bereit, sehr gut für die Art von Dienstleistung zu zahlen, die ich anbiete. Die Nachfrage ist so groß, dass ich nur Zwillinge übernehme“ (Handy 1998, S. 54).

Diese Geschichte macht deutlich, welche Zukunftschancen sich für neue Dienstleistungen ergeben. Natürlich löst sich die Industriegesellschaft nicht als Ganzes auf, weil es industrielle Güterproduktion auch in Zukunft geben muss und keine Volkswirtschaft darauf verzichten kann. Es zeichnen sich jedoch Zukunftschancen für eine neue Dienstleistungsgesellschaft in dreifachem Sinne ab:

1. In der künftigen Dienstleistungsgesellschaft findet eine Verlagerung vom Warenexport zum Wissensexport statt. Dabei wird beispielsweise das Know-how über neue Recycling-Verfahren oder neue Verkehrssysteme als produktionsbegleitende Dienstleistung verkauft. Dies erklärt auch, warum ein Industriekonzern wie z.B. Siemens derzeit schon über fünfzig Prozent seines Umsatzes mit Dienstleistungen macht.

2. Das Kapital, auf das sich die künftige Dienstleistungsgesellschaft stützt, be-

steht hauptsächlich aus F- und E-Kompetenzen, also Forschung und Entwicklung, Planung und Konzeption, Marketing und Vertrieb, Beratung und Betreuung, Gestaltung und Design, Wartungs- und Kundenservice. Die hochqualifizierte Dienstleistung bleibt im eigenen Lande, während die industrielle Produktion zunehmend in andere Länder (insbesondere die Dritte Welt) verlagert wird.

3. Die künftige Dienstleistungsgesellschaft erschließt auch neue Märkte und Arbeitsfelder. Neben dem notwendigen Ausbau von Sicherheits-, Vorsorge- und Gesundheitsdiensten entwickelt sich eine expansive Erlebnisindustrie als Anbieter von Tourismus-, Medien-, Kultur-, Sport- und Unterhaltungsdienstleistungen.

Dienstleistungsqualität in Deutschland ist allerdings noch immer mehr Mythos als Wirklichkeit. Die überwiegende Mehrheit spürt nämlich bisher von Gast- oder Kundenorientierung herzlich wenig:

- Gerade 41 Prozent der Bevölkerung können sich bei ihrem letzten Behördenbesuch in der Stadtverwaltung an ein freundliches Personal erinnern.
- Lediglich zwei von fünf Befragten (39%) fühlen sich von ihrer Bank fachkundig beraten.
- Und nur 29 Prozent der Bevölkerung haben bei ihrem letzten Kaufhaus-Besuch eine aufmerksame Bedienung vorgefunden.

Vorliegende Erfahrungswerte aus der Praxis weisen nach: Von 100 unzufriedenen Kunden wandern nur 14 wegen schlechter Produktqualität ab - aber über zwei Drittel, wenn sie von den Mitarbeitern schlecht beraten oder unfreundlich bedient wurden. Und nur 4 von 100 Unzufriedenen beschwerten sich, 11 aber erzählen ihre Negativerfahrungen anderen weiter (Roland Berger - Mövenpick/Bern 1995).

Zukunftstrend 3:

Die Lust an der Leistung

Die italienischen Psychologen Fausto Massimini und Antonella delle Fave (Massimini u.a. 1991) interviewten italienische Bauern in den hochgelegenen Bergtälern der Alpen, die von der industriellen Revolution weitgehend

verschont geblieben sind. In ihren Interviews kam zum Ausdruck, dass die Bauern ihre Arbeit nicht von ihrer Freizeit unterscheiden konnten. Bei den Interviews entstand ein doppelter Eindruck: Die Bauern arbeiteten sechzehn Stunden am Tag oder sie arbeiteten überhaupt nicht. Sie melkten Kühe, mähten Wiesen, erzählten ihren Enkeln Geschichten, spielten Akkordeon für Freunde. Und auf die Frage, was sie denn gern tun würden, wenn sie mehr Zeit zur Verfügung hätten, kam die Antwort: Kühe melken, Wiesen mähen, Geschichten erzählen, Akkordeon spielen ... Für ihr ganzes Leben galt und gilt eigentlich nur ein Grundsatz: „Ich tue, was ich will.“ Das Leben, auch das Arbeitsleben, bot und bietet ständig und gleichermaßen Herausforderungen dafür.

Politik und Wirtschaft sollten sich rechtzeitig auf den sich ankündigenden Wertewandel in Richtung auf eine neue Gleichgewichtsethik einstellen und mehr fließende Übergänge zwischen Berufs- und Privatleben schaffen. Insbesondere die junge Generation befindet sich derzeit auf dem Wege zu einer neuen Lebensbalance. Leistung und Lebensgenuss sind für sie keine Gegensätze mehr. Ganz anders, als es in den 70er bis 90er Jahren befürchtet und diagnostiziert worden war, hat sich die Einstellung der jungen Generation zu Arbeit und Leistung entwickelt: Die befürchtete Leistungsverweigerung fand und findet nicht statt. Im Zeitvergleich der letzten Jahre ist beispielsweise erkennbar, dass Leistung und Lebensgenuss immer gleichgewichtiger beurteilt werden. Also: Kein Lebensgenuss ohne Leistung. Umgekehrt gilt aber auch: Lebensgenuss lenkt nicht mehr automatisch von Leistung ab. Und wer sein Leben nicht genießen kann, wird auf Dauer auch nicht leistungsfähig sein.

Der abhängig und unselbständig Beschäftigte kann in Zukunft nicht mehr Leitbild sein. Und auch die klischeehafte Rollenverteilung „Der Arbeiter arbeitet – und der Chef scheffelt“ ist fragwürdig geworden. Der Neue Selbständige ist gefragt, bei dem Persönlichkeitsentwicklung genauso wichtig wie berufliche Fort- und Weiterbildung ist. Jeder muss in seinem Leben eine unternehmerische

Grundhaltung entwickeln – am Arbeitsplatz genauso wie im privaten Bereich: Jeder sein eigener Unternehmer! Jeder ist in Zukunft als Lebensunternehmer gefordert, d.h. der Lebenssinn muss im 21. Jahrhundert neu definiert werden: Leben ist dann die Lust zu schaffen! Schaffensfreude (und nicht nur bezahlte Arbeitsfreude) umschreibt das künftige Leistungsoptimum von Menschen, die in ihrem Leben weder überfordert noch unterfordert werden wollen.

Im 21. Jahrhundert müssen die Begriffe Bildung, Lernen und Wissen neu definiert werden. Denn Bildung ist immer mehr auf Freiwilligkeit angewiesen und kann nicht nur verordnet oder gar erzwungen werden. Bildung wird ein lebenslanger Prozess der Entwicklung der Persönlichkeit mit dem Ziel einer eigenständigen Lebensführung. Denn jeder Einzelne muss in Bezug auf sein Leben lernen, unternehmerisch tätig zu werden.

Im Zeitvergleich der letzten zwei Jahrzehnte ergibt sich das Bild einer Arbeitspersönlichkeit, die vom Wertewandel der letzten Jahre beeinflusst, aber nicht grundlegend verändert ist:

- Die wichtigste Arbeitstugend in den achtziger und neunziger Jahren und auch heute lautet: Fleiß, Fleiß und noch mal Fleiß. In der Rangfolge der zehn wichtigsten Anforderungen im Arbeitsleben rangiert die Eigenschaft „Fleiß“ permanent und unverändert an erster Stelle.
- Im Zeitvergleich fällt allerdings auf, dass zwei Kompetenzbereiche zu den eindeutigen Gewinnern des Wertewandels zählen: die Eigenkompetenz (=Selbstvertrauen) und die Sozialkompetenz (=Kontaktfähigkeit).

Die Arbeitspersönlichkeit der Zukunft, die erfolgreich sein will, muss fleißig, selbstbewusst und kontaktfähig sein – also eine starke Persönlichkeit haben und ausstrahlen und die Selbstständigkeit in Person sein. Eine Renaissance der Persönlichkeit steht bevor. Persönlichkeiten mit Charakter (und nicht nur mit Fachwissen) halten das Unternehmen in Bewegung. Persönlichkeitsmerkmale spielen im Berufsleben des 21. Jahrhunderts eine immer größere Rolle.

Es bleibt festzuhalten: Der Mensch kann nicht untätig in seinen eigenen vier Wänden verweilen. Er braucht eine Aufgabe. Die Passivität und Untätigkeit des Menschen ist offensichtlich nicht im Plan der Schöpfung vorgesehen. Der Mensch ist eher als gefährdetes Wesen geschaffen, das um sein Überleben kämpfen muss wie andere Lebewesen auch. Aus der Sicht der Evolutionsbiologie ist der Mensch geradezu auf Anstrengung programmiert (von Cube 1995), auf den ganzen Einsatz seiner Kräfte. Hingegen führt Lust ohne Anstrengung zu Langeweile oder gar Selbsterstörung. Daraus folgt: Arbeit ohne Lust und Freizeit ohne Leistung kann der Mensch auf Dauer nicht ertragen.

Zukunftstrend 4:

Die Mediatisierung des Lebens

Wenn es nach dem amerikanischen Medienwissenschaftler Nicholas Negroponte vom Bostoner MIT geht, dann sehen die Folgen der fortschreitenden Mediatisierung unseres Lebens im Jahr 2020 so aus: „Sie werden nicht mehr sehr oft zum Arzt gehen, weil sie jeden Morgen einen kleinen Computer schlucken, der ihre Körperfunktionen überprüft. Ihre Kinder gehen nur noch drei Stunden zur Schule, arbeiten dafür noch drei weitere Stunden mit Lernprogrammen und im Internet... Warum sollten wir unsere Zeit mit Putzen verbringen, wenn Roboter das machen können?“ (Negroponte 1999). Nein - so wird unsere Zukunft in den nächsten Jahren nicht aussehen.

Die Medientechnologien ändern sich schneller als die Mediengewohnheiten der Menschen. Auch in Zukunft fährt die Masse der Konsumenten ‚voll auf das TV-Programm ab‘. Und die Prognose der Medienbranche „Web frisst Fernsehen“ erfüllt sich nicht. Das Fernsehen bleibt das wichtigste Leitmedium im Alltagsverhalten der Menschen.

Der Kurseinbruch der New Economy wäre doch vermeidbar gewesen, wenn Produzenten und Investoren der Medienbranche die frühzeitigen Warnsignale der Zukunftsforschung beachtet hätten:

→ Bereits 1995 sagte ich einen Wandel vom „Cyber-Cash zum Cyber-Crash“ mit „Schock- und Flop-Wirkungen“ für die Neuen Medien voraus.

→ 1997, als der Neue Markt gerade startete, gab ich bereits die erste Gewinnwarnung aus: „Internet: Viel Wind und wenig Surfer – die meisten Konsumenten verweigern sich. Die Macher haben die Rechnung ohne die Mitmacher gemacht.“

→ Und 1999 entlarvte ich die massenhafte Ausbreitung von Pay-TV als Legende. Ein Negieren dieser Forschungsergebnisse würde entsprechende Fehleinschätzungen zur Folge haben. Und genauso ist es gekommen. Die Kirch-Krise war die Folge.

Nun erwartet die Branche mit Spannung den nächsten Meilenstein der Medientechnologie: das UMTS-Handy, das Universal-Mobile-Telecommunication-Vielzweckgerät, in dem alles mit allem vernetzt ist: Handy + TV + PC + Internet. Und wieder kann ich nur vor übertriebenem Zweckoptimismus warnen: Denn bei Extra-Gebühren sperren sich die meisten Konsumenten. Wer auf UMTS als Massenmedium baut, braucht nicht lange auf Insolvenzen zu warten.

Selbst Bill Gates meldet mittlerweile erhebliche Zweifel an. In einem Interview gab er selbstkritisch zu, dass technischer Fortschritt allein nicht mehr ausreicht. Die Menschen müssen sich ändern - sonst ändert sich auch nichts auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Die Menschen aber - so muss er eingestehen – „ändern nur langsam ihre Gewohnheiten“, ja oftmals ändern sich Verhaltensweisen „erst mit einer neuen Generation“ (Interview vom 18. Mai 1997 in WELT am SONNTAG, S. 64). Es dauert in der Regel ein bis zwei Generationen, bis sich die Menschen wirklich an Neues gewöhnen.

Sicher: Die Kinder werden in Zukunft lieber mit dem Home-Computer als mit dem Holz-Baukasten spielen. Nur: Die multimediale Entwicklung wird bis dahin weder unser menschliches Kommunikationsbedürfnis beeinträchtigen noch unser Interesse am Lesen von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften verkümmern lassen. Und je mehr sich Homebanking und Onlineshopping ausbreiten, desto größer wird unser Bedürfnis nach persönlichen Kontakten und Sehen-und-gesehen-Werden beim Einkaufsbummel

sein. Denn: Die Sinne konsumieren weiter mit. Auch im Jahr 2020 werden die meisten Beschäftigten keine Telearbeiter sein, sondern wie bisher eher müde von der Arbeit nach Hause kommen, sich vor den Fernseher setzen und mit nichts anderem als ihrem Partner oder ihrem Kühlschrank interagieren...

Zukunftstrend 5: Die Kinderlosigkeit

Vor über zehn Jahren warnte ich frühzeitig vor den Folgen einer kinderlosen Konsumkultur: „Wenn es weniger Ehen, Familien und Kinder gibt, sinkt auch die Zahl der Verwandten. Ein Kind hat dann zwar noch Eltern, aber kaum noch Verwandte im gleichen Alter, weniger Cousins und Cousinen, weniger Onkel und Tanten. In einer künftigen Gesellschaft von Singles und Einzelgängern wird es auch mehr Einzelkinder geben. Oder pointiert ins Bild gesetzt: Wenn zwei Einzelkinder heiraten, deren Eltern auch Einzelkinder waren, dann haben sie nach dem Tode ihrer Eltern keinen einzigen Verwandten mehr“ (Opaschowski 1992, S. 35).

Allein in den letzten dreißig Jahren hat die ansässige deutsche Bevölkerung rund fünf Millionen Menschen verloren. Bei der dramatischen Zunahme der Lebenserwartung fiel der Geburtenrückgang gar nicht weiter auf. Heute ist jede Kindergeneration zahlenmäßig um ein Drittel kleiner als die Elterngeneration: Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar. Frauen mit akademischem Abschluss bleiben zu mehr als vierzig Prozent kinderlos. Und in den Großstädten und Ballungsgebieten steigt der Anteil kinderloser Vierzigjähriger auf teilweise bis zu fünfzig Prozent.

Früher war das Vorhaben „Mit Familie auswandern“ ein großes Wagnis. Wird in Zukunft „eine Familie haben“ ein noch größeres Risiko sein? Fast jeder fünfte Jugendliche im Alter von 14 bis 29 Jahren (18%) ist mittlerweile davon überzeugt, dass „eine Familie gründen“ heute ein Lebensrisiko ist. Jeder elfte Jugendliche (9%) betrachtet bereits das Eingehen einer festen privaten Beziehung als Wagnis. In einer Zeit, in der Flexibilität als höchste Tugend gefeiert wird, können individuelle Festlegungen und Verbindlichkeiten schnell als persönliche Schwä-

che ausgelegt werden. Andererseits: Wer keine feste private Beziehung mehr wagt, der kann in Zukunft auch keine soziale Geborgenheit mehr erwarten.

Im November 1999 stellte der Sachverständigenrat in seinem Gutachten für die Bundesregierung fest: Deutschland wird im Jahr 2035 „die älteste Bevölkerung der Welt“ haben (16. November 1999). Die Gesetzliche Rentenversicherung ist damit ernsthaft bedroht. Droht die demografische Spaltung der Gesellschaft, weil ein Teil der Bevölkerung aus dem Generationenvertrag aussteigt und so das soziale Sicherungssystem ins Wanken bringt. Was also passiert, wenn nichts passiert? Der typische Deutsche wird in Zukunft kinderlos und kurzsichtig sein. Wenn sich alle in der Welt so verhielten wie heute schon jeder dritte zeitlebens kinderlos bleibende Deutsche, dann wäre die Erde in 120 Jahren menschenleer.

Zukunftstrend 6: Die Zuwanderung

Es begann alles in den sechziger und siebziger Jahren: Gastarbeiter wurden gebraucht – Menschen sind gekommen. Die ökonomische Rechnung der Wirtschaft ging auf, doch die humane Dimension und die sozialen Folgekosten der Gesellschaft wurden weitgehend außer acht gelassen. Die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes schienen gelöst – doch die Probleme des Sozialstaates fingen damit erst an. Der Begriff „Gastarbeiter“ sollte seinerzeit zum Ausdruck bringen, dass es sich um Gäste auf Zeit handelte, so wie man heute nach dem Political-Correctness-Verständnis von „Zuwanderern“ spricht, die im Unterschied zu Einwanderern nicht dauerhaft in Deutschland bleiben sollen. Die Zuwanderer sollen möglichst wie Gastarbeiter als Konjunkturpuffer benutzt und bei Arbeitslosigkeit wieder nach Hause geschickt werden.

Nach einer Vorausberechnung der Vereinten Nationen (UN: Replacement Migration 2000) wird der Anteil der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland einschließlich der bereits hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass bis zum Jahr 2050 rund ein Drittel im Bundesdurchschnitt und in den Großstädten über 50 Prozent erreichen (in Hamburg

gibt es schon heute mehr Muslime als Katholiken) – und trotzdem wird die Bevölkerungszahl zurückgehen. Ohne Zuwanderung würde es Mitte des Jahrhunderts nur noch 51 Millionen (-35%) in Deutschland geben. Eine solche „Nullzuwanderung“ bzw. ein „Nullszenario“ ist aber unrealistisch. Dies bedeutet: Das demografische Defizit kann durch Zuwanderung gemildert, aber nicht ausgeglichen werden.

Ein Großteil der künftigen Integrationsprobleme werden im Kern Generationskonflikte sein. Denn bei den Zu- und Einwanderern handelt es sich meist um „junge Männer, dynamisch, ehrgeizig, erlebnishungrig“. Sie treffen dann auf eine einheimische Bevölkerung, die zum großen Teil aus alten Frauen besteht (vgl. Fukuyama 2002, S. 128). Bei der Frage, was uns in Zukunft zusammenhält, muss die Integrationspolitik auch Antworten darauf geben wie sie auf so unterschiedliche Bedürfnisse angemessen reagieren soll.

Zukunftstrend 7: Die Überalterung

Kennen Sie den Unterschied zwischen einem deutschen, englischen und französischen Rentner? Des Rätsels Lösung soll ganz einfach sein:

- Der deutsche Rentner steht um 7.00 Uhr auf, nimmt seine Herztablette und fängt nach dem Frühstück sofort mit der Gartenarbeit oder dem Zeitunglesen an.
- Der englische Rentner steht um 8.00 Uhr auf, trinkt seinen Tee und geht gemächlich zum Golf oder nächsten Windhundrennen.
- Der französische Rentner steht um 9.00 Uhr auf, kippt den Cognac herunter - und dann ab zur Freundin!

Das ist natürlich ein Klischee.

Im Jahre 1900 wurde das „Jahrhundert des Kindes“ (Ellen Key 1900) ausgerufen - kommt nun das Jahrhundert der Senioren? Der demographische Wandel hat die Altersgrenze verschoben: Alt ist man erst mit 76 Jahren. Das geht aus unserer Repräsentativbefragung hervor, in der wir danach gefragt haben, „ab wann man heute wirklich alt“ ist. Die offizielle Altersgrenze von 65 Jahren steht also nur noch auf dem Papier. Wenn die Lebenserwartung weiter so kontinuierlich

ansteigt, gilt man im Jahr 2030 vielleicht erst mit 86 Jahren als alt.

Wir kennen es alle aus dem Wetterbericht: „Gefühlte Temperaturen“ sind etwas anderes als objektiv ablesbare Temperaturen auf dem Thermometer. Ähnlich verhält es sich mit dem gefühlten Alter, das sich immer mehr vom biologischen Alter abkoppelt. Die „Man-ist-so-alt-wie-man-sich-fühlt“-Devise soll die Mitte des Lebens festhalten helfen: Der 50-Jährige spielt Tennis wie ein 40-Jähriger.

Die 60-Jährige wirkt wie eine Powerfrau mit 48 und die 70-Jährigen entdecken Abenteuerreisen in die Antarktis, die eigentlich die Kondition mittlerer oder gar jüngerer Generationen voraussetzen. Die neuen Senioren sind also kein Phantom; es gibt sie wirklich. Die Aktion „Senioren ans Netz“ hat ja bald mehr Erfolg als die Kampagne „Schulen ans Netz“: Steigen die ersten jungen Leute aus dem World Wide Web schon wieder aus, weil sie beim Chatten immer öfter auf ältere Surfer stoßen?

Die Bevölkerung altert dramatisch. Die Lebenserwartung steigt weiter an. Bis zum Jahre 2040 wird sich der Anteil der über 60-jährigen Bevölkerung in Deutschland verdoppeln. Diese demographische Revolution bleibt nicht allein auf Deutschland beschränkt. Nach Berechnungen des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) wird die allgemeine Lebenserwartung in den westlichen Industrieländern bis Ende des Jahrhunderts auf 87,5 Jahre (bei Männern) und 92,5 (bei Frauen) steigen. Selbst ein Leben über 100 könnte mit Hilfe der Genforschung Wirklichkeit werden. Bedrückende Aussichten für die arme Erbgeneration, die so lange warten muss.

Mittlerweile hat selbst das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Pflegeversicherung vom unausweichlichen und sehr massiven Altern der Gesellschaft gesprochen und sich der Expertenmeinung (vgl. Herwig Birg 2001) angeschlossen, die da lautet: Wenn man die heutige Altersstruktur erhalten will, muss entweder die Geburtenrate pro Frau von derzeit 1,3 umgehend auf 3,8 verdreifacht werden oder „es müssten 188 Millionen jüngere Personen bis zum Jahr 2050 einwandern“ (Urteil vom

3. April 2001) – also jedes Jahr mehr als drei Millionen Zuwanderer. Das ist ebenso unvorstellbar wie unrealistisch. Die Überalterung ist vorprogrammiert: Deutschland wird grau und zählt zu den Ländern in der westlichen Welt mit den niedrigsten Geburtenraten und den höchsten Altenanteilen.

Zukunftstrend 8:

Die Gesundheitsorientierung

Die Gesundheit wird zum Megamarkt der Zukunft. In der immer älter werdenden Gesellschaft boomen dann Bio- und Gentechnologien, Pharmaforschung und Forschungsindustrien gegen Krebs, Alzheimer und Demenz sowie gesundheitsnahe Branchen, die Care, Vitalität und Revitalisierung anbieten.

Die Gesundheit bekommt in Zukunft fast Religionscharakter – ganz im Sinne eines Kirchenwortes des Berliner Kardinals Joachim Meisner: „Das Gesundheitswesen nimmt die Form einer Kirche an“ (Meisner 1999, S. 6). Die Gesundheit stellt den wichtigsten Wert im Leben dar. In dieser Einschätzung sind sich alle einig – quer durch die Berufs-, Sozial- und Altersgruppen. In Zukunft dominiert ein gesundheitsorientiertes Lebenskonzept, in dem das persönliche Wohlbefinden zum wichtigsten Bestimmungsmerkmal für Lebensqualität (95%) wird – noch vor der Partnerschaft (87%) und Familie (86%). Gesundheit bedeutet aber mehr als körperliche Fitness: Es geht dabei um das Wohlfühlen in der eigenen Haut.

Die Gesundheit gehört heute zu den wichtigsten Aspekten im Leben eines Menschen. Schließlich beeinflusst die gesundheitliche Lage wesentlich die Möglichkeiten zur Arbeitszufriedenheit, zum Konsumgenuss oder zur Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen. Darüber hinaus ist der Gesundheitszustand auch für die Gesamtgesellschaft von großer Bedeutung. So werden gut zehn Prozent des Bruttosozialprodukts für Gesundheitserhaltung und Krankheitsbekämpfung verwendet. Gesundheit wird als das wichtigste Lebensgut empfunden.

Wer heute regelmäßig joggt, muss 1,5 Jahre seines Lebens laufen, um dann zwei Jahre länger zu leben und natürlich auch gesünder zu sterben. Viele ver-

weigern sich mittlerweile und sehnen sich wieder nach Fitness auf die sanfte Tour. „Für die Zukunft zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der aus Fitness ‚Wellness‘ wird: Wellness zielt auf persönliches Wohlbefinden („well-being“) – so lautete meine Prognose aus dem Jahre 1987 (Opaschowski 1987, S. 34). Dieser Wellness-Trend ist inzwischen weltweit Wirklichkeit geworden.

Der klassische medizinisch-trainingswissenschaftliche Gesundheitsbegriff wird ergänzt, erweitert und bereichert um die sozialpsychologische Dimension des subjektiven Wohlbefindens. Die Kombination aus psychologischen und medizinischen Angeboten ist eine Zukunftsinvestition im doppelten Sinne: Ein Viertel der Kosten, die für die Heilung von Krankheiten aufgewendet werden muss, lässt sich durch stärkere Berücksichtigung von Wellness als Präventivmedizin einsparen, wie der deutsche Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen feststellte.

Allerdings muss darauf geachtet werden, dass der Boom nicht zum Bumerang wird. Mitunter sollen Wochenendgäste zum Schrecken des Personals wie die Hunnen in die Wellness-Oasen einfallen und alles auf einmal machen: Von der Sauna in den Whirlpool und dann ab zum Peeling und zur Ganzkörpermassage. Rastlos vom Bürosessel auf die Massagebank: Sie hetzen vom Arbeitsstress zur Ruhe-Übung. „Irgendwas läuft da falsch“ (Beyer 2001, S. 79). Für die Zukunft zeichnet sich eher schon als Risiko ab: Aus Wellness kann Wellstress werden.

In der gesamten westlichen Welt zeichnet sich derzeit ein deutlicher Wandel von der Erlebnisgesellschaft zur Wohlfühlgesellschaft ab. Die Menschen erwarten vom Leben nicht mehr das ganz große Glück. Es sind eher die kleinen Glücksmomente des Lebens in einer entspannten, störungsfreien Atmosphäre: Stimmung, Harmonie, Geborgenheit. Garanten dafür, dass man unbeschwert leben und sich über manche schönen Augenblicke einfach freuen kann.

Ganz im Sinne des Schriftstellers Theodor Fontane, der vor über einhundert Jahren auf die Frage „Was braucht der

Mensch zum Glücklichen?“ die Antwort gab: „Ein gutes Buch, ein paar Freunde, eine Schlafstelle – und keine Zahnschmerzen.“

Zukunftstrend 9:

Die Rückkehr der Verantwortung

Welche Vorstellungen haben die Menschen heute über eine lebenswerte Gesellschaft? Die Antworten der Bevölkerung sind eindeutig: Am höchsten wird von den Bürgern eine Gesellschaft bewertet, in der man Verantwortung füreinander trägt (vgl. Datenreport 2004 des Statist. Bundesamtes, S. 468). Die soziale Komponente des Lebens wird höher eingestuft als die materielle. Die Deutschen möchten in einer Zukunftsgesellschaft leben, in der Verantwortung wieder genauso wichtig wie Wohlstand ist. Und je jünger die Befragten sind, desto mehr wünschen sie sich für die Zukunft eine solche Verantwortungsgesellschaft. Verantwortungsbereitschaft (78%) hat bei den Deutschen wieder eine größere Bedeutung als Durchsetzungsvermögen (73%). Der Wandel von der Ellenbogen-gesellschaft zur Verantwortungsgesellschaft kann folgenreich sein.

„Es wird nie wieder so werden, wie es war!“ Diesen Ausspruch hörte ich erstmals zur Zeit der Öl-/Energiekrise 1972/73, dann 1986, als das Unglück in Tschernobyl geschah, schließlich 1991 während des Golfkriegs und jetzt wieder nach dem 11. September 2001. Jedes Jahrzehnt hat offensichtlich seine zeitgeschichtliche Zäsur, die die Menschen nachdenklich stimmt und zur Selbst- oder gar Neubesinnung anregt. „Back to the simply life“ – zurück zum einfachen Leben: So hieß beispielsweise die Formel der Amerikaner 1991 zur Zeit des Golfkriegs. Alles wiederholt sich, historisch gesehen.

Die Welt nach dem 11. September: Hat sie die Menschen verändert? Das Allensbacher Institut für Demoskopie hat (Allensbach 2002) in einer Art Vorher-Nachher-Studie zum 11. September die Stimmen und Stimmungen in Deutschland empirisch erfasst.

Die Menschen reagieren darauf auf eine zweifache Weise:

→ Zunächst einmal denkt jeder an sein ganz persönliches Glück: Das Leben

heute und nicht erst morgen genießen und einfach glücklich sein.

→ Die zweite Reaktion deutet auf einen grundlegenden Einstellungswandel hin. Seit den frühen siebziger Jahren haben soziale Motive im Leben an Bedeutung verloren. Im Zeitvergleich vor und nach dem 11. September ist nun plötzlich feststellbar, dass sich die Menschen wieder mehr für eine bessere Gesellschaft interessieren und auch mithelfen wollen, eine bessere Gesellschaft zu schaffen (Januar 2001: 31% - Januar 2002: 40%).

In der gesamten westlichen Welt ging in den letzten Jahrzehnten der Gemeinsinn auf breiter Ebene zurück – so etwa das Interesse der Bürger am öffentlichen Geschehen, am sozialen Engagement und an der Mitarbeit in gemeinnützigen Organisationen. Als Ursache hierfür galt das in der modernen Soziologie sogenannte bowling-alone-Phänomen: Immer mehr Menschen schoben ihre Kugel allein – auf Kosten der sozialen Werte einer Gesellschaft.

Jetzt - nach dem 11. September - zeichnet sich ein Wandel vom bowling alone zum bowling together ab: Eine Wiederentdeckung des Gemeinsinns im Sinne von mehr Gemeinsamkeit und weniger Egoismus. Es kündigt sich der radikalste Wertewandel seit dreißig Jahren an: Die Rückkehr der Verantwortung als Antwort auf Verunsicherungen und Vertrauensverluste. Insbesondere die junge Generation des 21. Jahrhunderts löst sich selbstbewusst aus dem Schatten der Werterevolution der 68-er Jahre. Sie muss doch sich und anderen keine Protesthaltung mehr beweisen. Sie richtet sich statt dessen auf ein ebenso langes wie selbstständig geführtes Leben ein: Unterwegs und auf der Suche nach dem „richtigen“ Verhältnis von alten und neuen Werten. Sie will in einer ausgeglichenen Balance zwischen Leistungs-, Genuss- und Sozialorientierung leben. Sie legt besonderen Wert darauf, im Leben etwas zu leisten und das Leben zu genießen. Und ist auch bereit – auf Gegenseitigkeit – anderen zu helfen.

Ein nachhaltiger Sinneswandel kündigt sich bei der Jugend an. Die viel kritisierte Gesellschaft der Ichlinge gleicht eher

einer pragmatischen Solidarisierung: Ich helfe dir, damit auch mir geholfen wird. Ein neuer Typus von Solidarität entwickelt sich – jenseits von Pflichtgefühl und Helferpathos: Aus der Not heraus schließen sich junge Menschen zu einem Netzwerk als Beistandspakt zusammen und machen die Erfahrung des Aufeinander-Angewiesenseins. Die Jugend lebt geradezu ein neues Gesellschaftsideal vor, das für die Zukunft hoffen lässt: Sie will sich wieder gegenseitig mehr helfen und nicht alle sozialen Probleme einfach dem Staat oder der Politik überlassen.

Verantwortung wird zum Schlüsselbegriff für die Zukunft: Gemeint ist die Verantwortung für einander, die Verantwortung für die Umwelt und die Verantwortung für das Wohl der kommenden Generationen. Wenn wir eine sichere Zukunft haben wollen, muss das 21. Jahrhundert eine „Ära der Verantwortung“ werden (vgl. Kofi Annan 2002). Wir alle müssen mehr als bisher die Steuerung einer wünschenswerten Entwicklung wieder selbst in die Hand nehmen. Und als Zukunftsforscher kann ich nur auf den Politiker Perikles aus Athen im 5. Jahrhundert v.Chr. verweisen: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie gut vorbereitet zu sein.“ Das ist die Bringeschuld der Forschung und die Annahmepflicht der Gesellschaft.

Mit der Vorbereitung auf die Welt von morgen kann doch heute schon begonnen werden. Wenn wir in Zeiträumen von Generationen (und nicht nur von Legislaturperioden) denken, rechtfertigt sich auch das Vertrauen der Bürger in die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, der Demokratie und auch der Politik. Die Politik muss allerdings die Bevölkerung davon überzeugen, dass sie die Richtung der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung kennt und entsprechend Einfluss darauf nimmt. Sie wissen: Auch in der Großen Koalition herrscht noch immer weitgehend Orientierungsnotstand, weil nämlich kaum jemand eine verlässliche Richtung für die Zukunft vorgibt, so dass die Bürger wissen und erfahren, was nun kommt oder gar wo es langgehen sollte. Gemacht wird eher, was gerade machbar ist bzw. ankommt. Die Politik sagt uns – so auch die letzte Regierungserklärung – „was gerade noch geht“. Die Bevölke-

rung will aber eigentlich Antworten auf die Frage, wohin es geht.

Vor dem Hintergrund von Globalisierung und wachsender Beschleunigung in Wirtschaft und Gesellschaft sind eine vorausschauende Politik und eine vorausschauende Unternehmensplanung im 21. Jahrhundert unverzichtbar: Auf einer gutbekannten Landstraße brauchte früher der Fahrer eines Fuhrwerks, das sich nachts im Schrittempo fortbewegte, zur Beleuchtung der Straße nur eine schlechte Laterne. Ein schnelles Auto dagegen, das mit hoher Geschwindigkeit durch eine unbekannte Gegend fährt, muss mit starken Scheinwerfern ausgestattet sein. Ohne Sicht, ja ohne Weit-Sicht schnell in die Zukunft zu fahren ist der reinste Wahnsinn. In Deutschland habe ich oft den Eindruck: Sobald man das Fern-Licht einschaltet, wird auf die Scheinwerfer geschossen.

Politik und Wirtschaft propagieren gern und stolz: Die Schnellen schlagen die Langsamen – das ist viel zu kurzatmig gedacht. Erst rastlos, dann ziellos und am Ende ratlos? Offensichtlich sind sie manchen schnelllebigen Trendforschern auf den Leim gegangen, die auf dem Deutschen Trendtag in Hamburg kleinlaut eingestehen mussten: „Vorne ist da, wo sich keiner auskennt“ oder frei nach der Devise: „Wir wissen ja auch nicht, wo wir hin wollen, aber wir werden auf jeden Fall als erste da sein!“ Realistischer ist da die Maxime des deutschen Dichters Ephraim Lessing: „Der Langsamste, der sein Ziel nicht aus den Augen verliert, geht immer noch geschwinder als der, der ohne Ziel umherirrt.“

Zukunftstrend 10: Die Sinnsuche

In Afrika, so erzählt man, gibt es zwei Arten von Hunger - den kleineren und den größeren. Der kleinere Hunger gilt den Dingen, die das Leben in Gang halten, also den Gütern, den Dienstleistungen und dem Geld, das wir brauchen, um alles bezahlen zu können. Der größere Hunger aber gilt den Antworten auf die Frage „Warum?“, die Erklärungen dafür geben, wozu dieses Leben gut sein soll. Diese Geschichte - von dem irischen Psychologen Charles Handy (1998, S. 22) erzählt - macht anschaulich klar, dass viele Menschen in den westlichen Konsumge-

sellschaften allzu lange, vielleicht auch allzu naiv daran geglaubt haben, dass der Hunger nach Geld und materiellem Wohlstand auch den größeren Hunger nach Sinn stillen und die Menschen zufriedener machen könnte. In Wirklichkeit stellt der Sinn-Hunger nicht einfach nur eine Erweiterung des Geld-Hungers dar, sondern ist etwas völlig anderes.

Aus kultursoziologischen Forschungen geht hervor, dass es Menschen im Mittelbereich zwischen Not und Überfluss subjektiv am besten geht. Diesen Menschen fehlt noch etwas, wofür sich Arbeit und Anstrengung lohnen. Ihr Leben hat schließlich eine Richtung: nach oben. Und die Erfahrung lehrt: Menschen, die nach oben wollen, haben eher Mittel-Krisen - Menschen, die oben sind, dagegen Sinn-Krisen. Die einen sind noch unterwegs, die anderen sind schon angekommen (vgl. Schulze 1992). Bedroht ist nicht mehr das Leben, sondern sein Sinn.

Vor über zwanzig Jahren lautete eine problematische Zukunftsprognose von mir: „Wert-Konfrontationen werden zunehmen, tatsächliche und vermeintliche Gegensätze aufeinanderprallen: Etabliert/alternativ, konservativ/progressiv, alt/jung usw.“ (Opaschowski 1983, S. 94). Die prognostizierten Auseinandersetzungen gab es, hielten sich aber bisher in vertretbaren Grenzen. Insofern gilt auch für die nächsten Jahre: Die gesellschaftliche Entwicklung kann nicht konfliktfrei verlaufen. Wachsende soziale Spannungen und Konflikte wird es zwischen Ausländern und Einheimischen, Christen und Muslimen, Arm und Reich, Steuerzahlern und Sozialhilfeempfängern geben. Hoffnungsvoll stimmt jedoch die Tatsache, dass die Bevölkerung dem Generationenkonflikt Jung/Alt keine größere Bedeutung beimisst. Die Konfliktlage zwischen Jung und Alt verläuft weitgehend entspannt: Der Generationenkrieg findet nicht statt.

Wir stehen derzeit am Scheidewege: Wir haben entweder eine weitere Phase des Niedergangs vor uns oder wir machen eine Periode der Erneuerung durch. Erneuerung heißt vor allem: Gesellschaftliche Aufwertung von Familie und Kindern als Grundbausteine der Gesellschaft. In großem Umfang fließen Ströme

an Geld, Sachmitteln und persönlichen Hilfen von den Älteren zu den Jüngeren. Die Alten sparen – für die Jungen. Über 65-jährige Eltern leisten beispielsweise siebenmal so viele Geldzahlungen (28%) an ihre erwachsenen Kinder, als sie von die-sen zurückerhalten (4%).

Vom Generationenpakt auf privater Basis profitieren primär Generationen mit familialen Netzwerken. Alle anderen (insbesondere Singles und Kinderlose) müssen dagegen schauen, dass sie im Laufe ihres Lebens verlässliche nicht-verwandte soziale Netze knüpfen. Näher und ferner stehende Menschen müssen ihr Leben begleiten: sogenannte soziale Konvois im außerfamilialen Bereich. „Gute Freunde“ reichen dazu allein aber nicht aus, weil sie meist gleichaltrig sind und ihre Zahl im Alter zurückgeht. Soziale Konvois sind nur hilfreich, wenn sie generationsübergreifend angelegt sind.

Konsum statt Kinder? Das Geld, das Kinder kosten, lieber in das eigene Vergnügen investieren? Das alles war einmal. In den achtziger und neunziger Jahren wollte die junge Generation im Alter bis zu 34 Jahren immer weniger von Heirat und Familiengründung wissen (1985: 58% - 1999: 52%). Jetzt ist jedoch nach Repräsentativumfragen des BAT Freizeit-Forschungsinstituts eine Trendwende feststellbar: Nicht mehr Sport, Hobby und Urlaubsreisen (44%) stehen im Zentrum des Lebens, sondern wieder mehr Kinder und Familie (56%). Die Mehrheit der jungen Leute entdeckt langsam die Werte von Beständigkeit und Verlässlichkeit wieder. Sie erkennt, dass die Sorge um die Familie und die eigenen Kinder auf Dauer mehr persönliche Lebenserfüllung gewährt, als wenn man immer nur an sich selbst denkt.

Daraus folgt für die Zukunft: Das soziale System wird sich grundlegend verändern. Der Trendfaktor Familie rückt in das Zentrum des Lebens. Und die Generationen helfen sich wieder mehr selber. Während sich die Gesetzliche Rente mehr zu einer Art Zusatzversicherung zurückentwickelt, nimmt die Familie als verlässliche Vollversicherung ihren Platz ein. Längsschnittuntersuchungen über mehr als vier Generationen weisen nach: Generationenbeziehungen werden wich-

tiger als Partnerbeziehungen. Sie weisen ein höheres Maß an Stabilität auf.

Die Zeit bis zum Jahre 2020 wird zunehmend der Sinnorientierung gehören – realisiert in der Formel: Von der Flucht in die Sinne zur Suche nach dem Sinn. Die Sinnorientierung wird zur wichtigsten Ressource der Zukunft und zu einer großen Herausforderung der Wirtschaft werden. Denn mit jedem neuen Konsumangebot muss zugleich die Sinnfrage „Wofür das alles?“ beantwortet werden. Zukunftsmärkte werden immer auch Sinnmärkte sein – bezogen auf Gesundheit und Natur, Kultur, Bildung und Religion. Letztlich geht es um Lebensqualität. Wertebotschaften statt Werbebotschaften heißt dann die Forderung der Verbraucher, die sich auch als eine Generation von Sinnsuchern versteht. Von Konsumverzicht will sie wenig wissen, dafür umso mehr von der Werthaltigkeit des Konsums als Teil persönlicher Lebensqualität.

Jahrzehntelang herrschte der Eindruck vor: Für den Wohlstand sind Wirtschaft und Politik zuständig, für das Wohlbefinden Ärzte und Seelsorger. Die Anspruchshaltung der Bürger war entsprechend auf Wohlstandssteigerungen ausgerichtet – mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Urlaub, mehr Autos, Videos und Stereoanlagen.

Doch in den letzten Jahren machten die Bürger plötzlich zwei schmerzhaft Erfahrungen:

- Das Immer-Mehr können sich immer weniger leisten.
- Die Wohlstandssteigerungen haben die Menschen um keinen Deut glücklicher gemacht.

Wohlstand erfährt jetzt eine Bedeutungserweiterung als Wohlergehen. Über das Materielle hinaus wird Wohlstand zu einer Frage des persönlichen Wohlbefindens im physischen, psychischen und sozialen Sinne. Es geht um das eigene Glück, das man nicht kaufen kann.

Diese neue Wohlstandsgesellschaft gleicht einer Wohlfühlgesellschaft. Für die Politik bedeutet dies: Wer heute und in Zukunft „Wohlstand für alle“ propagiert, muss sich von alten wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen und Illusi-

onen („Höherer Lebensstandard = Mehr Lebensqualität“) verabschieden. Gefragt sind jetzt neue Wohlstandswerte:

1. Freiheit durch Sicherheit (z.B. sicherer Arbeitsplatz, sicheres Einkommen, sichere Rente und vor Kriminalität sicher sein).
2. Vertrauen durch Verlässlichkeit (z.B. für die Zukunft vorsorgen, in Frieden leben, keine Sorgen haben, in einer toleranten Welt und in einer intakten Natur leben).
3. Glück durch Geborgenheit (z.B. eine Familie, gute Freunde, nette Nachbarn haben und für andere da sein). Die Menschen wollen wieder mit Gewissheiten leben, auf Verlässlichkeit bauen und sich gegenseitig vertrauen können. Die neuen Wohlstandswerte knüpfen an die ursprüngliche Bedeutung von Wohlfahrt (mhd. „wol varn“ = wohl fahren/wohl ergehen bzw. engl. „farewell“: leb wohl!) an. Und das hieß und heißt konkret: Lebe glücklich!

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Es zeichnet sich ein grundlegender Einstellungswandel zu mehr Familienorientierung und sozialer Verantwortung ab, der sich allerdings nur langsam entwickelt und erst nach dem Jahr 2020 demografische Veränderungen oder gar einen Baby-Boom auslösen wird. Das Leben in der Gesellschaft von morgen – beginnt jetzt. Zukunft ist Herkunft. Der Wertewandel von heute bestimmt den demografischen Wandel von morgen. Die Menschen suchen wieder eine Sinnorientierung, die Halt, Beständigkeit und Wesentliches in das Leben bringt. Auch Religiosität als Lebensgefühl kehrt wieder in den Alltag zurück.

So bleibt für jeden Einzelnen eigentlich nur noch eine Zukunftsfrage offen: Wie will ich eigentlich leben?

Wer persönliches Wohlbefinden (und nicht nur materiellen Wohlstand) erreichen will, sollte – neben den christlichen Geboten natürlich – die folgenden 10 Anleitungen und Gebote für ein gelingendes Leben im 21. Jahrhundert beherzigen:

1. Bleib nicht dauernd dran; schalt doch mal ab.
Entdecke die Hängematte wieder.

2. Versuche nicht, permanent deinen Lebensstandard zu verbessern oder ihn gar mit Lebensqualität zu verwechseln.

3. Mach die Familie zur Konstante deines Lebens und ermutige Kinder zu dauerhaften Bindungen.

4. Knüpf dir ein verlässliches soziales Netz, damit dich Freunde und Nachbarn als soziale Konvois ein Leben lang begleiten können.

5. Definiere deinen Lebenssinn neu:
Leben ist die Lust zu schaffen.

6. Genieße nach Maß, damit du länger genießen kannst.

7. Mach nicht alle deine Träume wahr; heb dir noch unerfüllte Wünsche auf.

8. Du allein kannst es, aber du kannst es nicht allein. Hilf anderen, damit auch dir geholfen wird.

9. Tu nichts auf Kosten anderer oder zu Lasten nachwachsender Generationen. Sorge nachhaltig dafür, dass das Leben kommender Generationen lebenswert bleibt.

10. Verdien dir deine Lebensqualität – durch Arbeit oder gute Werke: Es gibt nichts Gutes; es sei denn, man tut es.

Vielen Dank!

Die Finanzpolitik vor notwendigen Reformen



Prof. Dr. Rolf Peffekoven
Universität Mainz
Von 1991-2001
Mitglied des
Sachverständigenrates
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung

Herr Hesselbarth, ganz herzlichen Dank für die Worte zur Einführung. Das war mir offen gestanden nicht mehr bewusst, dass Sie einmal einer meiner Hörer waren in Kiel. Aber das ist ein Problem dieses Berufes. Es passiert mir fast täglich, dass mich jemand anspricht und sagt: „Ja, kennen Sie mich denn nicht mehr. Ich habe doch 1972 in Bochum bei Ihnen eine Diplomarbeit geschrieben“. Das hängt natürlich auch zum Teil damit zusammen, dass man immer vor einem größeren Publikum steht – wie das auch jetzt wieder der Fall ist. Sie sehen mich alle, die meisten von Ihnen sehe ich höchstens schemenhaft, und deshalb sind Sie mir nicht böse, wenn ich Sie schon morgen auf der Straße nicht wiedererkenne.

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich alles zur Einleitung des Referats oder des Vortrags gesagt worden, was ich mir vorgenommen habe. Ich denke, wenn man die Reformen, die etwa für das Jahr 2020 anstehen, durchführen will, dann müssen sie auch finanziert werden. Und wenn Sie auf die aktuelle Diskussion sich vielleicht einmal beschränken, dann ist ja eine Steuerreform deshalb so schwierig, weil sie eben im Augenblick nicht zu finanzieren ist. Und die Rentenversicherung und die Diskussion um die neue Regelung im Gesundheitswesen sind umstritten: Nicht nur, weil die beiden großen Parteien hier völlig kontroverse Vorstellungen haben, sondern auch deshalb, weil sie eben nicht finanzierbar sind. Ich will im Wesentlichen prüfen, was in der Finanzpolitik in den nächsten

Jahren geschehen müsste, damit wir dann, wenn die wirklichen Herausforderungen kommen (und das dauert glücklicherweise noch in den meisten Fällen einige Jahre), dafür finanzpolitisch dafür gewappnet sind.

Die deutsche Volkswirtschaft ist in das Jahr 2006 mit schweren Hypothesen gegangen: Nur schwache Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (prognostizierte Zunahme 1,5 v.H.), nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit (deutlich über 4 Millionen registrierter Arbeitsloser), desolate Staatsfinanzen (die Defizitquote vier Jahre in Folge über 3 v.H., also über der Grenze, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubt), Finanzierungsprobleme in den Sozialversicherungen (mit der Gefahr weiterer Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen). Dabei bedingen und verschärfen sich diese Probleme auch noch: Die hohe Arbeitslosigkeit ist ein wesentlicher Grund für die Finanzierungsprobleme im Staatshaushalt und in den Sozialversicherungen. 100.000 Arbeitslose weniger würden den Staatshaushalt um rund 3 Mrd. Euro entlasten. Die Arbeitslosigkeit erklärt sich wenigstens zum Teil mit dem schwachen Wachstum. Dem Staat fehlt wegen der Budgetprobleme das Geld, um zum Beispiel die öffentlichen Investitionen ausweiten, mehr im Bildungswesen investieren und die Steuerlast absenken zu können. Wir befinden uns in einem Teufelskreis, aber einiges deutet darauf hin, dass wir gerade in diesem Jahr Chancen haben, ihn zu durchbrechen.

Zu Beginn dieses Jahres hat sich die konjunkturelle Entwicklung überraschend verbessert. Rechnet man die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den ersten beiden Quartalen auf das Jahr hoch, dann kann man mit einer Zunahme des BIP um etwa 2 v.H. rechnen. Das wäre das beste Ergebnis seit dem Jahre 2000. Diese positive Entwicklung hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um rund 300.000 zurückgegangen. Auch die Budgetlage hat sich entspannt: Die Steuereinnahmen sind – stärker als erwartet – gestiegen, die Arbeitslosenversicherung weist erstmals Überschüsse aus. Die Defizitquote des gesamtstaatlichen Haushalts wird wohl unter 3 v.H. zu halten sein. Im Grunde wird damit der angesprochene Zusammenhang zwischen Wachstum, Arbeitsmarkt und Staatfinanzen bestätigt. Nur auf dem Weg über mehr Wachstum sind letzten Endes Probleme auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten zu lösen.

Die jetzige Verbesserung ist allein auf eine konjunkturelle Erholung zurückzuführen. An den strukturellen Problemen unserer Volkswirtschaft hat sich damit noch nichts geändert. Fast ein Jahr nach Beginn der Großen Koalition sind die angekündigten und auch dringend notwendigen Strukturreformen keineswegs vollzogen, ja nicht einmal auf den Weg gebracht. Sicher: Es hat die Föderalismusreform gegeben, die aber wiederum die besonders heiklen Fragen der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen ausgeklammert hat. Bei der Reform des Steuersystems, des Gesundheitssystems, des Arbeitsmarktes ist bisher Überzeugendes nicht gelungen. In mancher Hinsicht ist gar nicht klar, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Für die weitere Entwicklung in Deutschland wird gerade entscheidend sein, ob wir Strukturreformen verwirklichen können, die den großen Herausforderungen an unsere Wirtschaft gerecht werden können – wie sie sich vor allem aus der Globalisierung, der demografischen Entwicklung und den Mängeln im Bildungswesen ergeben.

Eine gute konjunkturelle Entwicklung überlagert strukturelle Probleme, so dass momentan sogar die Gefahr

besteht, dass der Reformeifer dadurch beeinträchtigt wird. Das aber würde bedeuten, dass wir beim nächsten konjunkturellen Einbruch wieder vor den gleichen Problemen stehen würden, wie wir sie aus den letzten vier Jahren kennen. Welche strukturellen Änderungen erforderlich sind, will ich im Folgenden für das Gebiet der Finanzpolitik prüfen.

Die Bundeskanzlerin hat in der Debatte um den Bundeshaushalt 2006 eingestanden, dass Deutschland ein Sanierungsfall sei. Damit meint sie – worauf Wissenschaftler allerdings seit langem hinweisen –, dass die Staatsverschuldung inzwischen ein Ausmaß angenommen hat, das eine ernste Bedrohung für unser Gemeinwesen, vor allem aber für die zukünftigen Generationen, darstellt. Alljährlich überschreiten in den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden die Ausgaben die Einnahmen, es kommt also zu Defiziten, die durch entsprechende Kreditaufnahmen abgedeckt werden müssen. Dabei zahlt der Staat zwar seinen Gläubigern (das sind Unternehmen – vorwiegend Banken im Inland und Ausland –, aber auch private Haushalte) die bei ihnen aufgenommenen Kredite entsprechend der vertraglichen Regelung zurück, aber dafür nimmt er sogleich neue Kredite wieder auf. Auch die Tilgungen werden also aus Krediten finanziert. Das bedeutet, dass in jedem Jahr die gesamte Kreditaufnahme, die Bruttokreditaufnahme, deutlich höher liegt als der Zuwachs an Schulden, die Nettokreditaufnahme. Für das letzte Jahr ergaben sich zum Beispiel für den Bund eine Bruttokreditaufnahme von rund 225 Mrd. Euro, davon mussten 189 Mrd. Euro für Tilgungen von fälligen Schulden ausgegeben werden. Nur der Rest in Höhe von 36 Mrd. Euro stand als Finanzierungsinstrument für staatliche Ausgaben zur Verfügung.

In Höhe dieser Nettokreditaufnahme erhöht sich der Schuldenstand, der seit Mitte der siebziger Jahre dramatisch angewachsen ist. Derzeit liegt er für die Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) bei rund 1.500 Mrd. Euro, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt bei etwa 68 v.H. Der Schuldenstand und die Zinsen am Kapitalmarkt bestimmen die Höhe der Zinsausgaben.

Die zukünftigen Haushalte werden mit diesen Zinsverpflichtungen belastet. Da es sich hierbei um einen festen, nicht gestaltbaren Ausgabenposten handelt, wird die Flexibilität der Haushalte durch die hohe Staatsverschuldung dramatisch eingeschränkt. Genau das Gegenteil, nämlich Flexibilität der Haushalte, wäre aber dringend erforderlich, um den großen Herausforderungen unserer Wirtschaft, vor allem aus der Globalisierung, der demografischen Entwicklung und den Mängeln im Bildungswesen, gerecht werden zu können.

Die Zinsausgaben sind im Entwurf des Bundeshaushalts 2007 mit rund 40 Mrd. Euro angegeben, liegen also deutlich über der Nettokreditaufnahme von rund 22 Mrd. Euro. Nicht nur die Tilgungen, sondern auch die Zinsen werden letzten Endes aus Krediten finanziert. Mehr noch: Der Bund muss sogar mehr für Zinsen ausgeben, als er an Einnahmen aus der Nettokreditaufnahme hat, mit den Krediten werden also gar keine zusätzlichen Ausgabenspielräume geschaffen. Die öffentlichen Haushalte haben sich in einen Teufelskreis von steigenden Schulden, steigenden Zinsen und steigender Nettokreditaufnahme hinein manövriert. Dabei hat sich die Staatsverschuldung in den letzten Jahren zu außerordentlich niedrigen Zinssätzen abgespielt. Falls die Kapitalmarktzinsen nur um einen Prozentpunkt steigen, womit die Beobachter der internationalen Kapitalmärkte eigentlich rechnen, dann würde das dem Bund eine zusätzliche Budgetbelastung von jährlich 8 bis 10 Mrd. Euro bringen. Das ist mehr als das, was dem Bund in den nächsten Jahren aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer an zusätzlichen Einnahmen zufließt. All das zeigt, dass der Abbau der Defizite und ein Bremsen der unaufhaltsamen Zunahme des Schuldenstandes ein dringendes Gebot für die zukünftige Finanzpolitik ist.

Bevor wir der Frage nachgehen, wie dies erreicht werden kann, muss geklärt werden, warum dem Staat überhaupt ein solches Finanzierungsverfahren gelingt, das im privaten Bereich so nicht denkbar ist. Dort wird ein Schuldner, der die Kredittilgungen und die Zinsen immer wieder aus neuen Krediten finanzieren will, keinen Kreditgeber mehr finden,

weil er eben nicht mehr kreditwürdig ist. Zudem würde er entweder zu einer strikten Konsolidierung seiner Finanzen (Einnahmenerhöhungen und Ausgabenkürzungen) gezwungen oder aber er würde ein Insolvenzfall werden. Möglicherweise würde das Unternehmen im privaten Bereich auch ein Übernahmekandidat. Das Entsprechende im öffentlichen Bereich wäre – zum Beispiel auf Länderebene – die Neugliederung des Bundesgebietes: Insolvente Bundesländer würden von solventen übernommen. All diese Analogien – so überzeugend sie doch sicher sind – spielen im öffentlichen Bereich aber gar keine Rolle. Offenbar gilt der Staat nach wie vor als ein solider Schuldner, die internationalen Rating-Agenturen geben ihm denn auch beste Bewertungen. Nicht nur der Bund, sondern auch die Bundesländer – selbst diejenigen, die sich in Haushaltskrisen und Haushaltsnotlagen befinden – werden mit den höchsten Raten bewertet. Die Gläubiger – vor allem die Banken – haben keinerlei Bedenken, dem Staat weiterhin Kredit zu geben. Oft wird behauptet, die meisten öffentlichen Haushalte in Deutschland seien zwar längst Pleite, aber sie gingen eben nicht Pleite. Die Kreditwürdigkeit des Staates sei eben unbestritten. Auch die Sparkassen gewähren ihren oft hoch verschuldeten Gemeinden ziemlich bedenkenlos Haushaltskredite und vor allem Kassenkredite, wobei letztere längst ihre Funktion des Überbrückungskredits verloren haben.

Unbegrenzte Kreditwürdigkeit hat aber normalerweise nur der, der

- entweder das Geld, mit dem er seine Verbindlichkeiten begleichen muss, selbst herstellen,
- nach Belieben Zwangsbeiträge, vor allem Steuern, erheben oder
- einen verlässlichen Bürgen beibringen kann.

Sind diese Bedingungen wirklich gegeben oder zeigen sich nicht doch – wenigstens für die Zukunft – Grenzen für die Kreditaufnahme des Staates?

Das Geldschöpfungsmonopol (für den Euro) – um den ersten Aspekt aufzugreifen – liegt nicht beim Staat, sondern bei der unabhängigen Europäischen Zentralbank, die erfreulicherweise dem Staat

keinerlei Kredit geben darf. Ansonsten hätten wir neben der hohen Staatsverschuldung sicher schon längst auch noch hohe Preissteigerungsraten. Die großen Inflationen der Vergangenheit sind nämlich allzu oft gerade durch exzessive Staatsverschuldung verursacht worden, die über Geldschöpfung der Zentralbank finanziert wurde. Es ist deshalb zu begrüßen, dass diese Möglichkeit in der Nachkriegszeit – zunächst – durch die Regelungen des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und – später – durch das Statut der Europäischen Zentralbank verbaut worden ist. Aber kein Zweifel: Je mehr Länder in Europa hoch verschuldet sind, umso mehr dürfte der Druck auf die Europäische Zentralbank zunehmen, eine eher laxe Geldpolitik mit niedrigen Zinsen und ruhig etwas mehr Inflation zu betreiben; denn besser können sich hoch verschuldete Staaten ihre Belastungen aus den Krediten nicht erleichtern. Gerade wegen dieser Zusammenhänge ist es so wichtig, dass auch in Zukunft die Unabhängigkeit der EZB gesichert bleibt.

Zum zweiten Aspekt: Uneingeschränkte Steuerautonomie hat der Bund nur bei den so genannten Bundessteuern (zum Beispiel bei der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer, der Versicherungssteuer). Ansonsten ist seine Steuerautonomie eingeschränkt; alle Gesetze über Steuern, deren Ertrag ganz oder teilweise den Ländern oder Gemeinden zusteht, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Die Länder haben in Deutschland überhaupt keine Steuerautonomie und bei den Gemeinden beschränkt sie sich im Wesentlichen auf die Hebesätze bei der Grundsteuer und bei der Gewerbesteuer. Ganz generell dürfte allerdings gelten: Angesichts der inzwischen erreichten Steuerbelastung, wegen des internationalen Steuerwettbewerbs, aber auch wegen der akuten Probleme bei Wachstum und Beschäftigung, sind die Möglichkeiten für Steuererhöhungen außerordentlich begrenzt, damit aber auch die Möglichkeiten weiterer Kreditaufnahmen.

Will man eine Kreditbegrenzung erreichen, dann sollte man den Bundesländern eine weitgehende Steuerautonomie einräumen. Sie müssen in diesem Fall bei Steuererhöhungen besonders vorsichtig

vorgehen. Zunächst einmal wird der dann einsetzende Steuerwettbewerb zwischen den Ländern enge Grenzen für Steuererhöhungen setzen. Zudem werden die Verantwortlichkeiten klar geregelt. Das bedeutet: Gegenüber den eigenen Bürgern und Unternehmen müssen dann Steuererhöhungen gerechtfertigt werden. Sollen zum Zweck der Haushaltssanierung Steuern erhöht werden, dann ist mit Widerstand der Bürger zu rechnen; so entsteht ein Druck auf die Politiker, sich einer soliden Finanzpolitik zu befleißigen. Auf diese Weise werden die Möglichkeiten weiterer Kreditaufnahmen eingeschränkt; denn erfahrungsgemäß bedingen die Kreditaufnahmen von heute die Steuererhöhungen von morgen. Bestehen aber keine Spielräume für Steuererhöhungen, dann wird auch die Kreditwürdigkeit sinken. Beliebige hohe Kredite zu günstigen Bedingungen wären dann in Zukunft wohl nicht mehr möglich.

Der dritte Aspekt (Stichwort: Bürge) spielt in erster Linie auf der Länderebene eine Rolle. Die Bundesländer, die keine Geldschöpfung betreiben können und die keine Steuerautonomie haben, sind ebenfalls dramatisch verschuldet. Sie haben aber nach wie vor ein gutes Rating an den Kapitalmärkten, also auch keine Schwierigkeiten, weitere Kredite zu günstigen Bedingungen aufzunehmen. Der Berliner Finanzsenator Sarrazin brüstet sich gelegentlich sogar damit, dass er für sein extrem hoch verschuldetes Land Kredite zu gleichen Konditionen bekomme wie das finanziell sehr viel besser dastehende Land Baden-Württemberg. Das ist allerdings nur ein „geborgtes Kreditstanding“. Nach Artikel 109 Grundgesetz sind die Bundesländer in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig. Damit – so würde ich hinzufügen – sind die Länder aber auch für ihre eigenen Schulden verantwortlich. Deshalb müsste ein anderer Zusammenhang gelten: Länder, die eine unsolide Finanzpolitik betreiben und damit in eine Haushaltskrise geraten, müssten Schwierigkeiten bekommen, weitere Kredite zu akzeptablen Bedingungen zu bekommen. Länder, die Wert auf Solidität und Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik legen, müssten mit Krediten zu günstigen Bedingungen belohnt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu jedoch anders entschieden: Wenn ein Bundesland in eine Haushaltsnotlage gerät, aus der es sich mit eigener Kraft nicht mehr befreien kann, dann sind nach dem Grundsatz des „bündischen Prinzips“ des Füreinandereinstehens der Bund und die übrigen Länder verpflichtet, Sanierungshilfe zu leisten. Bremen und das Saarland haben im Zeitraum 1993 bis 2004 Sanierungshilfen des Bundes in Höhe von 15 Mrd. Euro erhalten. Berlin klagt derzeit auf Anerkennung einer Haushaltsnotlage, Bremen und das Saarland auf Fortsetzung der Unterstützung durch den Bund. Andere Bundesländer könnten durchaus in Kürze in eine ähnliche Situation kommen. Nur: Der bisherige Bürge Bund ist inzwischen selbst zum Sanierungsfall geworden. Es wird deshalb interessant sein, wie das Bundesverfassungsgericht in Kürze im Fall Berlins entscheiden wird. Bei ökonomischer Betrachtung kann eigentlich die bisherige Rechtsprechung nicht beibehalten werden, weil der Bund gar nicht im Stande sein wird, vielen Bundesländern (möglicherweise auch großen) Haushaltsnothilfen zu leisten. Man wird nicht umhin kommen, wirksame Regeln und Vorschriften zur Vermeidung übermäßiger Verschuldung auf allen Ebenen im Staatsaufbau einzuführen.

Alle heute schon bestehenden Kreditbegrenzungen haben sich in der Vergangenheit allerdings als nicht wirksam erwiesen. So gilt für den Bund (und die Verfassungen der Bundesländer kennen ähnliche Regelungen): „Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten“ (Artikel 115 Absatz 1 Grundgesetz). Gegen diese Vorschrift ist in den letzten Jahren immer wieder und quantitativ auch in beachtlichem Umfang verstoßen worden. Mit gewisser Selbstverständlichkeit sind verfassungswidrige Haushaltspläne vorgelegt worden, oder die Haushalte haben sich im Laufe des Jahres, also im Haushaltsvollzug, als verfassungswidrig erwiesen. Die Nettokreditaufnahme war größer als die Ausgaben für Investitionen. Dabei ist zu bemerken, dass die Regelung des Artikels 115 sogar von einem weit gefassten Investitionsbegriff ausgeht. Würde man bei der

Definition dieses Begriffs ökonomische Erkenntnis berücksichtigen, dann wären zum Beispiel Abschreibungen auf den öffentlichen Kapitalbestand und Vermögensveräußerungen als Desinvestitionen zu behandeln, was die Ausgaben für Investitionen und damit den Spielraum für Kreditaufnahmen verringern würde. Aber selbst bei dem heute zu Grunde gelegten (weiten) Begriff der öffentlichen Investitionen sind immer wieder verfassungswidrige Haushalte vorgelegt worden.

In der Regel rechtfertigt der Finanzminister diesen Verstoß mit der Ausnahmeregelung des Artikels 115: „Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“. Dies wird in § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes als eine Situation umschrieben, in der gleichzeitig ein hoher Beschäftigungsstand, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum verwirklicht sind. Schon wegen der seit über 25 Jahren herrschenden Arbeitslosigkeit wird man in Deutschland nicht von einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht ausgehen können. Dennoch reicht es nicht, dass die Bundesregierung darauf nur hinweist, sie müsste vielmehr im Einzelnen dartun, dass die Überschreitung der Kreditgrenze des Art. 115 GG geeignet ist, zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beizutragen: Die im Haushalt geplante Überschreitung der Kreditgrenze müsste zu mehr Beschäftigung führen. Diesen Beweis hat die Bundesregierung nie versucht, er dürfte auch nur schwer zu erbringen sein. Eher gilt nämlich das Umgekehrte: Die hohe Staatsverschuldung hat die Erwartungen der Konsumenten und Unternehmen verschlechtert und damit Wachstum und Beschäftigung beeinträchtigt. Schließlich wird die Wirksamkeit der verfassungsmäßigen Kreditbegrenzung auch dadurch gemindert, dass bei Verstößen keine wirksamen Sanktionen zu erwarten sind. So hat etwa die damalige Opposition im Bundestag gegen den Bundeshaushalt 1981 in Karlsruhe wegen Verstoßes gegen die Verfassung geklagt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist jedoch erst 1988 – also sieben Jahre

später – gesprochen worden, zu einer Zeit also, zu der die beklagte Regierung schon nicht mehr im Amt war und der Bundestag auch längst Entlastung für den Bundeshaushalt 1981 erteilt hatte. Sanktionen bei Fehlverhalten hätten also gar nicht mehr greifen können. Die Kreditbegrenzung des Grundgesetzes hat ihren Zweck zweifellos nicht erfüllt. Sie wird keinen Finanzminister von der Verschuldung abhalten können.

Ähnliches muss auch für die im Maastrichter Vertrag (Artikel 104) und in den ergänzenden Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes festgelegte Kreditbegrenzung berichtet werden. Die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion sind gehalten, die gesamtstaatliche Defizitquote (Staatsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) von 3 v.H. nicht zu überschreiten, andernfalls drohen Sanktionen (Geldbußen).

Da das in Artikel 104 vorgesehene Defizitverfahren von politischen Entscheidungen bestimmt wird, kommen bei Verstößen die Verfahren nur schleppend in Gang, können nach Belieben verzögert und ausgesetzt werden. Nachdem Deutschland vier Jahre in Folge die Defizitquote von 3 v.H. überschritten hat, ohne dass es zu Sanktionen gekommen wäre, wird kaum ein Land solche noch befürchten müssen. Die Glaubwürdigkeit des Sanktionsverfahrens ist abhanden gekommen. Das ist auch dadurch noch verstärkt worden, dass im Zuge einer „Reform“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes den Mitgliedsländern der Währungsunion ermöglicht worden ist, Besonderheiten im eigenen Land (in Deutschland zum Beispiel Reformen in den Sozialversicherungen, Investitionen im Bildungswesen, Kosten der Vereinigung, Nettozahlungen an den EU-Haushalt) als entlastende Faktoren ins Spiel zu bringen, wenn es um die Beurteilung der Staatsverschuldung geht. Jeder kann sich sozusagen sein gesamtstaatliches „Defizit à la carte“ bestellen.

Verfassungsrechtliche oder völkerrechtliche Begrenzungen der Staatsverschuldung sind nach den Erfahrungen der letzten Jahre dringend erforderlich, aber sie werden nur dann ihrer Intention

gerecht werden können, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

- Die Begrenzungen müssen an ökonomisch begründbaren, gut kontrollierbaren und nicht manipulierbaren Indikatoren ansetzen.
- Bei Verletzungen müssen fühlbare Sanktionen einsetzen.
- Die Sanktionsandrohung muss zudem glaubhaft sein. Das wird man am besten erreichen können, wenn Sanktionen automatisch einsetzen.

All diese Bedingungen werden von den bisher praktizierten Begrenzungen nicht erfüllt. Das hat viele veranlasst, für den Staat ein generelles Kreditaufnahmeverbot zu fordern und dieses dann auch in der Verfassung zu verankern. Aber damit würde man das Kind mit dem Bade ausgießen; denn es gibt durchaus Situationen, in denen man für Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben plädieren kann.

Das gilt einmal bei der Finanzierung von Investitionsausgaben. Genauso wie es im privaten Bereich üblich und ökonomisch auch sinnvoll ist, Ertrag abwerfende Investitionen mit Kredit zu finanzieren und aus den Erträgen die Tilgungen und die Verzinsung zu bestreiten, kann man Ähnliches auch für öffentliche Investitionen fordern. Die Orientierung der Nettokreditaufnahme an den Investitionsausgaben ist die „Goldene Regel der Finanzpolitik“. Danach kann eine Verschuldung und die damit verbundene Vorbelastung künftiger Haushalte durch Tilgungen und Zinsen akzeptiert werden, wenn damit Kapazitäten geschaffen werden, aus denen in Zukunft Erträge abfallen. Überall dort, wo der Staat Ertrag abwerfende Investitionen tätigt, sollte auch die Kreditfinanzierung erlaubt sein.

Staatsverschuldung wird auch als ein geeignetes Instrument zur Konjunktursteuerung angesehen. Hierbei spricht man von konjunkturell bedingter Verschuldung. Gerät eine Volkswirtschaft in einen Konjunkturabschwung, dann nehmen automatisch die öffentlichen Einnahmen – vor allem die Steuereinnahmen – ab und die öffentlichen Ausgaben – zum Beispiel die Transferausgaben – nehmen zu. Dadurch wird ein konjunkturstabilisierender Effekt erreicht; deshalb sollte

man solche automatischen Stabilisatoren wirken lassen; die damit verbundenen Defizite und Kreditaufnahmen also akzeptieren. Andernfalls würde eine prozyklische Politik oder eine Parallelpolitik betrieben, die den Konjunkturabschwung weiter verschärfen würde. Sofern die automatischen Stabilisatoren nicht ausreichen, um die Konjunkturstörungen zu beheben, kann man diskretionäre Maßnahmen, nämlich Steuer-senkungen und Ausgabenerhöhungen, in Erwägung ziehen, müsste dann aber eine noch höhere konjunkturellbedingte Verschuldung akzeptieren. Dies sind im Grunde die Regeln der Keynesianischen Fiscal Policy.

Für einen konjunkturellen Aufschwung oder gar für einen Boom würde dies aber bedeuten, dass man dann genau umgekehrt verfahren muss. Automatische Stabilisatoren und diskretionäre Politik führen dann zu Überschüssen im Staatshaushalt, die für Kredittilgungen oder zur Rücklagenbildung genutzt werden müssten. Im mehr oder weniger regelmäßigen konjunkturellen Auf und Ab einer Volkswirtschaft würde sich damit ein Wechsel von Kreditaufnahmen und Kredittilgungen ergeben, der Schuldenstand würde – über den Konjunkturzyklus gesehen – weitgehend konstant bleiben. Die praktische Finanzpolitik zeigt nun aber, dass zwar in der Rezession Kredite aufgenommen, bei guter Konjunktur aber keine Kredittilgungen vorgenommen oder Rücklagen gebildet werden. Eine solche asymmetrische Finanzpolitik ist eine wichtige Erklärung für die ständige Zunahme des Schuldenstandes.

Zieht man nun vom gesamten Defizit einer Periode die investitionsorientierte und die konjunkturell bedingte Verschuldung ab, dann kommt man zum so genannten strukturellen Defizit oder zur strukturellen Verschuldung. Damit wird der Konsolidierungsbedarf in einem Haushalt angezeigt. Konsolidierung eines öffentlichen Haushalts heißt also: Die strukturellen Defizite müssen abgebaut werden. Für Deutschland gilt seit Jahren: Vom gesamtstaatlichen Defizit ist der überwiegende Teil ein strukturelles Defizit, das auch bei einer konjunkturellen Erholung erhalten bleibt, wenn nicht wirksame Maßnah-

men zum Abbau dieses Defizits ergriffen werden. Dafür kommen grundsätzlich nur Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen in Frage. In der momentanen Situation geringen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit sind Steuererhöhungen allerdings kontraproduktiv. Es bleiben also nur Ausgabenkürzungen. Privatisierungserlöse sind dagegen kein nachhaltiges Konsolidierungsinstrument, da damit zusätzliche Einnahmen ja nur in einem Jahr zu erzielen sind. Die Bundesregierung verfolgt hier allerdings genau den anderen und falschen Kurs der Steuererhöhungen. Dass das Defizit im Bundeshaushalt von 33 Mrd. Euro im Jahre 2006 auf 22 Mrd. Euro im Jahre 2007 zurückgehen soll, ist allein auf die massiven Steuererhöhungen zurückzuführen. Die Ausgaben im Bundeshaushalt steigen 2007 sogar noch einmal um 2,3 v.H. Die Bundesregierung betreibt eine falsche Konsolidierungspolitik. Statt Steuererhöhungen müssten Ausgabenkürzungen vorgenommen werden.

Sind Ausgabenkürzungen aber überhaupt möglich? Oder haben diejenigen Recht, die ein „Kaputtsparen“ der deutschen Wirtschaft oder ein „Hineinsparen in die Rezession“ befürchten? Die Bundesregierung hat nun eine besonders gefährliche Strategie eingeschlagen: Zunächst noch einmal über ein Konjunkturprogramm die Verschuldung hoch treiben – in der Hoffnung, über eine dann bessere Entwicklung im Jahre 2007 die Konsolidierung angehen zu können.

Um den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten zu können, wären Ausgabenkürzungen im Umfang von 15 Mrd. Euro notwendig. Bezogen auf das Ausgabenvolumen der Gebietskörperschaften in Höhe von rund 624 Mrd. Euro ist das eigentlich eine zumutbare Forderung, nämlich eine Kürzung der Ausgaben im Umfang von knapp 2,5 v.H. Dabei geht es nicht nur um die quantitative Konsolidierung, also die Rückführung der Staatsquote. Diese Aufgabe wird man nur lösen können, wenn man für Ausgabenentwicklung klare und verbindliche Ausgabenlinien vorgibt. Die öffentlichen Ausgaben dürfen nur noch mit einer Rate wachsen, die deutlich unter der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts liegt. Wir sind nach wie vor erfreulicherweise eine sehr

reiche Volkswirtschaft und können uns vieles leisten, aber dennoch nicht alles gleichzeitig. Und das ist das eigentliche Problem.

Viel wichtiger – allerdings auch viel schwieriger durchzusetzen – ist die qualitative Konsolidierung. Manche Ausgaben – wie etwa die für Zinszahlungen – können gar nicht, andere höchstens mittelfristig (z.B. die Personalausgaben) gekürzt werden. Manche Ausgaben müssten vor allem aus wachstumspolitischen Gründen sogar noch ausgeweitet werden – etwa die Ausgaben für Infrastruktur und in Bildung sowie die für Forschung und Technologie. Diejenigen Ausgaben müssten demnach gekürzt werden, die für Konjunktur und für Wachstum keine oder nur geringe Bedeutung haben. Beispiele gibt es vor allem im Bereich der Transferzahlungen und Subventionen, wo derzeit oft nur Mitnahmeeffekte erzielt werden; aber auch bei den hohen Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik könnte gespart werden, zumal deren Effizienz umstritten ist. Das Gleiche gilt auch für die Transfers, die nach Ostdeutschland fließen. Das gleiche gilt für die Transfers nach Ostdeutschland: Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, warum die Investitionszulage, die eigentlich dieses Jahr auslaufen sollte, noch einmal bis 2011 verlängert worden ist. Hier besteht ein Rechtsanspruch auf Förderung, unabhängig davon, ob es um sinnvolle Investitionen geht. Hier dürften erhebliche Mitnahmeeffekte zum Tragen kommen. Und wer die Solidarpaktmittel nachweislich nicht sachgerecht einsetzt, also nicht für Investitionen, der müsste sich wohl auch Kürzungen gefallen lassen.

Was also Not tut, ist die Neufestsetzung von Prioritäten und Schwerpunkten Finanzpolitik. Dieser Schritt hätte sogar am Anfang eines Reformprogramms und damit auch des Regierungsprogramms stehen müssen. Aber hier sind die Vorstellungen zwischen den Partnern der Großen Koalitionen viel zu unterschiedlich. Man sollte sich an die Koch/Steinbrück-Liste für Subventionsabbau erinnern, die Konsolidierungsbeiträge in der erforderlichen Höhe durchaus aufweist. Nur: Der neue Finanzminister, dessen Namen ja eigentlich mit dem

Subventionsabbau verbunden ist, hat zum Einstand erst einmal neue Subventionen verordnet.

Allerdings wird es mit den Ausgabenkürzungen, die geboten sind, um den Anforderungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gerecht zu werden, nicht getan sein. Wegen der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt – allerdings auch zur Bekämpfung der hohen Schwarzarbeit und wegen des internationalen Steuerwettbewerbs – ist eine weitere Senkung der Steuerlast und der Lohnnebenkosten dringend geboten – und zwar jetzt und nicht zu einem undefinierten Zeitpunkt in der Zukunft. Da Steuersenkungen nicht „auf Pump“, also über Kreditaufnahme, finanziert werden können, sind noch stärkere Ausgabenkürzungen erforderlich, als sie die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts ohnehin schon verlangt.

Wir brauchen dringend eine Steuerreform, die ein einfacheres und gerechtes, aber auch Anreize schaffendes Steuersystem und dabei auch Steuersenkungen bringt, um mehr Beschäftigung und Wachstum zu erreichen. Wegen der unterschiedlichen Positionen und auch wegen der Finanzierungsschwierigkeiten wird man sich auf eine große Steuerreform nicht einigen können. Dieses Thema wird wieder einmal vertagt werden. Allenfalls wird es zu einer Steuerentlastung für Unternehmen kommen – wie sie im Juli in den Eckpunkten für eine Unternehmenssteuerreform skizziert worden ist. Diese Überlegungen werden allerdings eindeutig von fiskalischen Überlegungen diktiert, steuersystematische Vorstellungen spielen dabei überhaupt keine Rolle. Das wird zum Beispiel deutlich an der Absicht, in Zukunft Fremdkapitalzinsen ganz oder teilweise in die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer einzubeziehen. Das sind eklatante Verstöße gegen Grundanforderungen an die Einkommen- und Körperschaftsteuer, insbesondere gegen das sog. Nettoprinzip. Die Steuerausfälle sollen auf 5 Mrd. Euro pro Jahr begrenzt werden, aber damit kann man keine ordentliche Steuerreform durchführen. Dafür bedarf es schon anderer Größenordnungen, nämlich etwa 20 bis 25 Mrd. Euro. Aber auch solche Steuersenkungen

dürfen nicht über Kreditaufnahme finanziert werden, sondern durch entsprechende Ausgabenkürzungen.

Auf das Thema Steuerreform will ich hier nicht im Einzelnen eingehen. Die jetzt vorliegenden Konzepte für eine große Steuerreform kosten durchweg um die 20 Mrd. Euro. Dafür – und übrigens auch für die Finanzierung einer Reform des Gesundheitswesens – hätte man m. E. die Erhöhung der Mehrwertsteuer reservieren müssen, zumal man dann zu einer wachstumspolitisch attraktiven Änderung der Steuerstruktur gekommen wäre. Dieser Weg ist nun allerdings verbaut, nachdem die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöht und Mehrauskommen im Wesentlichen zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt worden ist.

Im Entwurf des Bundeshaushalts 2007 tut die Bundesregierung kund, dass sie zur Konsolidierung des Haushalts auf Steuererhöhungen setzt. Die Steuereinnahmen nehmen als Folge der massiven Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer, der Versicherungssteuer und der Einkommensteuer um rund 20 Mrd. Euro zu, während die Ausgaben nicht sinken, sondern – verglichen mit dem Vorjahr – sogar um 2,3 v.H. beziehungsweise 6 Mrd. Euro zunehmen. Das ist ganz sicher die falsche Strategie. In der Finanzpolitik ist der Großen Koalition offensichtlich die angekündigte Wende hin zu einer Politik der Sanierung der Staatsfinanzen noch nicht gelungen. Man muss auch fragen, wann denn eigentlich der Prozess der Ausgabenkürzungen eingeleitet werden soll, wenn es selbst bei klaren Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat und wieder günstigerer Konjunkturlage immer noch nichts geschieht. Konsolidierung der Haushalte wird nur über Ausgabenkürzungen erfolgreich angegangen werden können. Solange dies nicht gelingt, wird unsere Wirtschaft in dem Teufelskreis von hohen Schuldenständen, hohen Zinsausgaben und immer wieder hohen Kreditaufnahmen bleiben. Je länger man zudem die Konsolidierung hinausschiebt, umso schwerer wird sie zu erreichen sein. Den zukünftigen Generationen werden damit ständig wachsende und unvermeidbare Belastungen zugemutet.

Um diese zu vermeiden, wird von der Finanzpolitik „Tragfähigkeit“ oder „Nachhaltigkeit“ verlangt. So sollen nach Art. 121 Abs. 1 EG-Vertrags die Mitgliedsländer der EU „eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand“ sicherstellen. Dies gilt als verwirklicht, wenn die Referenzwerte für die Defizitquote (3 v.H.) und für den Schuldendenstand (60 v.H.) eingehalten werden. Allerdings lässt sich zeigen, dass die gesamtstaatliche Defizitquote und die Schuldenstandsquote allein keine geeigneten Indikatoren für die Tragfähigkeit der Finanzpolitik sind. Damit wird nur die explizite Staatsverschuldung berücksichtigt, die in der Zukunft zu Ausgabenverpflichtungen des Staates führt.

Darüber hinaus ist jedoch Folgendes zu berücksichtigen: Auch im System der Gesetzlichen Rentenversicherung und bei den Pensionszusagen an die Beamten sind Ansprüche begründet worden, die der Staat in Zukunft durch Ausgaben bedienen muss. Hierbei spricht man von impliziter Staatsverschuldung. Ein verlässliches Bild von der Tragfähigkeit der Finanzpolitik kann man sich also nur dann machen, wenn explizite und implizite Staatsverschuldung berücksichtigt werden. Als tragfähig kann man eine Finanzpolitik nur bezeichnen, wenn die zukünftig zu erzielenden Einnahmen ausreichen, um sämtliche staatlichen Ausgabenverpflichtungen abdecken zu können. Ist das nicht der Fall, spricht man von einer Tragfähigkeitslücke.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat für das Jahr 2002 eine Berechnung der Tragfähigkeitslücke durchgeführt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen: Die explizite Staatsverschuldung lag – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – im betrachteten Jahr bei 60,8 v.H., die implizite dagegen bei 270,5 v.H. Unter Zugrundelegung einer jährlichen Wachstumsrate von 1,5 v.H. und eines Marktzinses von 3 v.H. ergibt sich somit für das Jahr 2002 eine Tragfähigkeitslücke von 330 v.H. in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Jüngste Untersuchungen für die Bundesländer bestätigen diese enormen Belastungen. Für den Durchschnitt der Länder – es gibt allerdings erhebliche Unterschiede

zwischen den Ländern – ergibt sich eine Verpflichtungsquote von 17,6 v.H. der Steuereinnahmen. Davon macht die Schuldenquote 3,8 v.H. aus, für die schon vorhandenen Beamten müssen 7,1 v.H. der Steuereinnahmen verausgabt werden und den Rest von 6.7 v.H. stellen die zukünftigen Pensionsbelastungen dar. Die expliziten und impliziten Verpflichtungen der Länder liegen also beim Vier- bis Fünffachen ihrer Verbindlichkeiten aus Krediten

Mit diesen Berechnungen wird ein erheblicher finanzpolitischer Korrekturbedarf angedeutet, der entweder durch Einnahmenerhöhungen oder Ausgabenkürzungen gedeckt werden kann. Stützt man sich auf die Berechnungen des Sachverständigenrates, könnte eine erste Konsolidierungsstrategie so aussehen: Alle gegenwärtigen und aus heutiger Sicht in die Zukunft fortgeschriebenen Ausgaben müssten einheitlich um 12,1 v.H. gekürzt werden. Im Jahre 2002 hätte das eine Rückführung der Staatsquote von 48,5 v.H. auf 42,6 v.H. verlangt. Eine zweite Strategie könnte sein: Die aus heutiger Sicht fortgeschriebenen Einnahmen müssen in allen zukünftigen Perioden um 14,5 v.H. erhöht werden.

Rechnerisch sind diese beiden Ansätze eigentlich gleichwertig, da solche Tragfähigkeitsanalysen keine Verhaltensänderungen der Bürger und Unternehmer berücksichtigen. Theorie und Empirie lehren uns aber, dass gerade mit Steuererhöhungen negative Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung verbunden sind. Deshalb sollte man den ersten Weg über Ausgabenkürzungen und den Abbau von Steuervergünstigungen gehen. Schiebt man diese notwendigen Schritte zur Konsolidierung des Haushalts immer wieder heraus oder betreibt man sie nur halbherzig, dann wird die Tragfähigkeitslücke immer größer, die zukünftigen Generationen also immer stärker belastet. Die Chancen, die Probleme in den Griff zu bekommen, schwinden dann immer mehr. Gerade deshalb ist es zu bedauern, dass die Bundesregierung sich bisher nicht für eine konsequente Politik der Ausgabenkürzungen entschieden hat, sondern den Haushalt über starke Steuererhöhungen sanieren will.

Zum Schluss seien die wichtigsten Anforderungen an die Finanzpolitik noch einmal zusammengefasst.

- Die öffentlichen Haushalte müssen flexibler werden, um den Anforderungen aus der Globalisierung, der demographischen Entwicklung und den Mängeln im Bildungswesen gerecht werden zu können.
- Um das zu erreichen, muss der Teufelskreis von steigenden Schulden, steigenden Zinsen und steigender Nettokreditaufnahme durchbrochen werden. Hierbei können wirksame Kreditbegrenzungen hilfreich sein. Diese müssen an ökonomisch begründbaren, gut kontrollierbaren und nicht manipulierbaren Indikatoren ansetzen. Bei Verstößen müssen fühlbare Sanktionen – möglichst automatisch – einsetzen.
- Die investitionsorientierte und die konjunkturell bedingte Verschuldung sollte akzeptiert werden, die strukturellen Defizite aber kontinuierlich zurückgeführt werden. Konsolidierung heißt mittelfristiger Abbau der strukturellen Defizite.
- Konsolidierung kann nur über Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen erreicht werden. In der derzeitigen Situation (geringes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit) sollte der Weg der Steuererhöhungen nicht gegangen werden. Vor allem die Einkommen- und Körperschaftsteuer sollte nicht erhöht werden. Wachstumspolitisch empfiehlt sich eine Änderung der Steuerstruktur: Senkungen der Einkommensteuer und Erhöhung der Mehrwertsteuer.
- Bei der Konsolidierung über die Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts sind zwei Aspekte zu unterscheiden: Bei der quantitativen Konsolidierung geht es um die Senkung der Staatsausgabenquote, bei der qualitativen Konsolidierung um die Änderung der Ausgabenstruktur. Das Erstere verlangt die Einhaltung von Ausgabenlinien, das Letztere die Neufestsetzung von Prioritäten und Schwerpunkten in der Finanzpolitik.

→ Nachhaltig ist eine Finanzpolitik nur dann, wenn sie neben der expliziten Staatsverschuldung auch die implizite berücksichtigt, die sich insbesondere durch die Ansprüche aus der Gesetzlichen Rentenversicherung und aus den Pensionszusagen an die Beamten ergibt.

Ich danke Ihnen vielmals.

Energie! – Lösungen für Deutschlands Energiepolitik



Vielen herzlichen Dank Herr Hesselbarth für die freundlichen einleitenden Worte, vielen Dank auch für die Einladung zu dieser sehr interessanten Veranstaltung, der ich sehr gerne nachgekommen bin, weil Energie in der Tat im Moment natürlich ein ganz ganz wichtiges und auch ein ganz interessantes das Thema ist.

Der Titel meines Vortrags ist „Energie – Lösungen für die deutsche Energiepolitik“. Es vergeht ja kaum ein Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo nicht über Energie gestritten wird, sei es in den Medien, in der Wissenschaft oder in der Politik, wo gerade – Sie verfolgen es vielleicht auch am Rande – der Energiegipfel zum ersten Mal tagte. Der neue Energiegipfel steht vor der Tür. Anfang Oktober treffen sich die Politiker, die Energiekonzerne, die Lobbyisten und all diejenigen, die Interesse an Energie haben, in Berlin und besprechen die Zukunft der Energiestrategie der Bundesrepublik Deutschland. Und ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, auch etwas weiter auszuholen, Ihnen etwas mehr über die Energiesituation in Deutschland, aber vor allen Dingen auch in Europa darzulegen, weil die deutsche Energiesituation nicht losgelöst gesehen werden kann von der Situation in Europa. Aber auch von der weltweiten Situation, denn wir sind ja in Abhängigkeiten von globalen Energiereserven, die wir nutzen müssen und die auch eine wichtige Rolle spielen.

Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist eine wichtige Herausforderung. Wir

nennen es in der Volkswirtschaft das sogenannte magische Zieldreieck. Das magische Zieldreieck bedeutet, dass wir drei wesentliche Ziele haben, die die Energiepolitik verfolgt. Und diese drei wesentlichen Ziele habe ich hier in diesem Dreieck zusammengefasst. Das sind der Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit. Der Klimaschutz insofern ist natürlich auch eine wichtige Komponente, wenn wir sehen, dass der Klimawandel weiter voranschreitet und die globalen Emissionen sich weiter erhöhen durch Verbrennung von fossilen Energien. In erster Linie Öl, aber auch Kohle und Gas. Kohle hat den höchsten Anteil an CO²-Emissionen, gefolgt von Öl, gefolgt vom Gas.

Klimaschutz spielt insofern eine wichtige Rolle, als wir es schaffen müssen, die Treibhausgasemission zu senken. Und das geht in erster Linie dann, wenn wir auf fossile Energien verzichten. Es geht kein Weg daran vorbei, dass wir eine technologische Innovation benötigen, die bewirkt, dass wir in der Zukunft auf Öl – was ja sowieso eine knappe Ressource ist – verzichten, aber vor allen Dingen auch Alternativen zur Kohletechnologie finden. In Deutschland wird 50 % der Stromerzeugung aus Kohletechnologie gewonnen, aus Braunkohle und aus Steinkohle. Wir müssen Wege finden, wie wir dies ersetzen können.

Die zweite wesentliche Säule, auf die sich die Energiepolitik hier stützt, ist die Versorgungssicherheit. Wir importieren einen Großteil unserer Energie aus dem

Prof. Dr. Claudia Kemfert
Humboldt Universität Berlin
Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

Ausland. Und wir müssen es natürlich schaffen, diese Versorgungssicherheit auch aufrecht zu erhalten. Wie wir heute hier sitzen vertrauen wir darauf, dass die Energie, die wir verbrauchen in unserem Leben, auch so fortbesteht und dass wir eine sichere Energieversorgung haben und uns nicht Gedanken darüber machen, dass es vielleicht zu Blackouts kommen könnte.

Wettbewerb spielt eine zunehmende Rolle in Europa. Sich dem Wettbewerb stellen, heißt kostengünstig zu produzieren. Und kostengünstige Produktion geht natürlich mit bestimmten Technologien besonders gut. Dabei produzieren abgeschriebene Atom- und Kohlekraftwerke relativ günstigen Strom, wenn CO² keinen hohen Preis bekommt. Wettbewerbsfähigkeit heißt dann, sich den anderen Ländern zu stellen, anderen Erzeugungsunternehmen zu stellen, sprich EON muss konkurrieren mit anderen Konzernen in Europa und auch in der Welt.

Diese drei Ziele gilt es gleichzeitig zu erfüllen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen sicher, dass es sehr unterschiedliche Ziele sind und auch sehr konfliktrichtige Ziele. Das heißt, Klimaschutz bedeutet auf der einen Seite weniger Kohletechnologie einzusetzen. Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite heißt aber, kostengünstig zu produzieren. Und das auch mit Technologien, die dann dementsprechend günstig sind. Und das sind eben verschiedene Ziele, die eine Rolle spielen und die letztendlich auch gleichrangig verfolgt werden sollen. Das ist die Aufgabe der Politik, das ist die Aufgabe der europäischen Politik, aber auch der deutschen Politik.

Ich komme hier im ersten Teil meines Vortrags zunächst auf die Wettbewerbsfähigkeit, weil Sie vielleicht heute schon die Nachrichten verfolgt haben. Es geht um eine Großfusion im Energiebereich. Da ist der Konzern EON, welcher den spanischen Konzern Endesa übernehmen möchte. Endesa ist der zweitgrößte spanische Energiekonzern. Mit dieser Fusion wäre EON nicht mehr nur in Europa der größte Energiekonzern, sondern weltweit.

Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, tun wir dies auch im klassischen, volkswirtschaftlichen Sinne. Das bedeutet, wir brauchen wenige, sehr viele kleine Anbieter, und nicht nur wenige große Anbieter, die den Markt kontrollieren. Die Gefahr besteht, wenn wir wenige große Anbieter haben, die in einem Markt sehr dominieren, dass wir hinkommen zu einem Monopol. Gerade in der Energiebranche spielt dies eine erhebliche Rolle. Denn wir kommen ja aus einer Liberalisierung, das heißt, wir haben den Markt geöffnet im Jahr 1998. Und zwar sowohl die Strommärkte als auch die Gasmärkte. Wir wollen Wettbewerb in diesem Markt. Und Wettbewerb bedeutet dann, dass wir gleichrangige Partner brauchen, Widersacher, die letztendlich hier im Markt auftreten und nicht den Markt bestimmen. Und das ist die große Gefahr bei Energiekonzernen. Hier müssen große Investitionen getätigt werden über einen sehr langen Zeitraum. Und es sind üblicherweise nur die großen Konzerne, die diese Planungssicherheit über mehrere Jahrzehnte haben. Und da muss eben die Politik die Zielmarken abstecken, und das fällt der Politik – im Moment zumindest – sehr schwer, diese Planungssicherheit zu schaffen.

Wettbewerbsfähigkeit insofern kann man messen an unterschiedlichen Dimensionen. Ich habe Ihnen hier eine Grafik mitgebracht, welche die europäischen Strompreise vergleicht und wo Sie die sehen können, zwischen welchen europäischen Ländern auch Handel betrieben werden kann. Beides, Preis und Handelbarkeit, sind sozusagen Indizes für Wettbewerb.

Aber es wird gesagt, je mehr Wettbewerb wir in einem Markt haben, desto günstiger kann auch der Strompreis werden. Dass das nicht immer unbedingt so ist, sehen wir in Deutschland. Denn die Strompreise sind natürlich nicht nur vom Wettbewerb abhängig, sondern auch von den Politiken, die in den einzelnen Ländern vorherrschen und auch von den Energieerzeugungstechnologien, die in einem Land vorherrschen.

Ich sagte schon, in Deutschland wird der Strom zum großen Teil aus Braunkohle und Steinkohle gewonnen, dann aus

Atomenergie, das sind insgesamt 80 %. Das sind relativ kostengünstige Verfahren, um Strom herzustellen. Dann haben wir aber auch verschiedene Politikkonstellationen, die den Strompreis noch einmal teurer machen. Und auch die Diskussion um die Höhe der Strompreise ist ein Faktor, den wir im Wettbewerb brauchen.

Aber es gibt auch noch viele andere Faktoren, auf die ich später noch zu sprechen kommen möchte.

Hier sehen Sie also Preisunterschiede. Die dunkelblau eingefärbten Länder, sind die Länder mit relativ hohen Preisen. Die helleren sind die mit niedrigeren Preisen. Sie sehen, in Italien haben wir relativ hohe Preise, in England auch. In Italien haben wir auch hohe Steuern. Deswegen sind wir hier auf einem recht hohen Preisniveau. Die Italiener haben auch wenig Wettbewerb. Der Markt ist kaum liberalisiert. Wenige größere Konzerne dominieren dort den Markt, so dass der Preis insgesamt sehr hoch ist. In England dagegen wurde der Markt erfolgreich liberalisiert. Das heißt, wir haben dort Wettbewerb. Die Engländer haben selbst Gas im eigenen Land, welchen sie für die Stromproduktion einsetzen. Aber es wurde dann im Zuge dieser Liberalisierung auch eine Entwicklung beobachtet, dass die Engländer ihr gesamtes Gas nutzen und das restliche verkaufen, so dass sie jetzt schon in der Situation sind, Gas importieren zu müssen. Und die Engländer, die jetzt in naher Zukunft auch Gas importieren müssen für ihre Stromerzeugung, sind natürlich jetzt auch sehr daran interessiert, Gas aus Russland zu importieren. Die Gas-Pipeline durch die Ostsee, das haben Sie vielleicht verfolgt, ist natürlich eine wichtige Pipeline für die Engländer, um dort die Energieversorgung sicher zu stellen. Und Sie sehen auch am Beispiel des spanischen Marktes, dass immer dort hohe Preise existieren, wo man wenig Wettbewerb hat. In Spanien gibt es im Grunde genommen nur zwei Konzerne, die dominieren. Frankreich ist ein Land, welches im Großen und Ganzen nur einen Anbieter hat, nämlich EDF. Es gibt hier ein relativ klares Monopol. Nichtsdestotrotz sind die Preise niedrig. Das liegt daran, dass Frankreich den Strom in erster Linie aus Atomenergie produziert,

mit abgeschriebenen Atomkraftwerken. Die Franzosen haben weniger Probleme mit der Atomenergie, als die Deutschen es haben. Sie wollen auch in der Zukunft weiter im großen Stil Atomenergie einsetzen, so dass man auch hier niedrigere Preise beobachten kann, obwohl hier wenig Wettbewerb besteht. Und Frankreich – muss man auch dazu sagen – schottet sich sehr stark ab. Es öffnet den Markt nicht. Es gab ja einen Vorstoß vom italienischen Konzern Enel, in den französischen Markt einzusteigen, GDF zu kaufen. Um das zu verhindern und den Markt abzuschotten gab es dann eine Vereinbarung zwischen dem französischen Konzern Suez, mit dem sich GDF zusammengeschlossen hat.

Das heißt, es gibt verschiedene Politiken, wie Wettbewerb tatsächlich umgesetzt wird. Spanien ist insoweit jetzt schon interessant. Die spanische Regierung versucht, den Deal mit EON tatsächlich zu verhindern. Sie versuchen das, indem sie den Markt abschotten und eigene Auflagen für den EON-Konzern schaffen. Sie wollen ihre eigenen Konzerne voran bringen, die den Markt bestimmen und den Strommarkt letztendlich auch bedienen sollen. Das funktioniert natürlich unter dem Wettbewerbsgedanken nicht. Wenn wir Wettbewerb wollen, bedeutet das auch, dass die Märkte geöffnet werden müssen. Die Deutschen haben ihre Märkte auch geöffnet. Wir haben ausländische Anbieter. Deutschland hat kein Problem damit, auch ausländische Anbieter in einem Markt zu haben. Insofern ist dieser Protektionismus im Grunde genommen unverständlich. Wenn wir Wettbewerb wollen, und das bedeutet es einfach im Energiesektor, muss man auch hier freie Grenzen haben, sprich, EON muss sich im spanischen Markt auch aufstellen dürfen. Die Kartellbehörde Europas hat im übrigen gesagt, dass es kein Problem ist. EON kann in den spanischen Markt hinein gehen. Und die Auflagen, die die spanische Regierung gemacht hat, sind nicht EU-konform. Insofern wird es auch heute und morgen eine Entscheidung geben, wie das Rennen ausgehen wird.

Heute gab es jetzt ein Zusatzcoup von der spanischen Regierung, die einen neuen Anbieter ins Rennen gebracht hat,

der Anteile von Endesa aufgekauft hat. Es ist ein spanisches Bauunternehmen, das jetzt plötzlich hier Anteile von Endesa aufkauft, um den Vorstoß von EON noch in letzter Minute zu verhindern. Es ist schon problematisch, was man dort sieht.

In dieser Grafik sehen Sie die Struktur der Energieerzeugung in Europa. Das lila-farbene oder hell-lila sozusagen ist der Strombereich. Dunkel-lila ist der Gasbereich. Und die Größe dieser Kreise bedeutet, wie groß der Konzern ist, sprich wie mächtig er in den entsprechenden Gebieten ist, wo er anbietet und wie groß die Anteile der einzelnen Energieformen hier sind. Und hier sehen Sie ganz klar, dass wir einzelne Anbieter haben, die sehr groß sind. Das ist einmal RWE, es ist EON und es ist EDF, schon erwähnt, aber es ist auch Enel, hier in Italien sehr groß. Und hier sehen Sie schon Endesa, der zweitgrößte Konzern.

Interessant ist, dass diese Konzerne nicht nur Strom, sondern auch Gas anbieten, wie Sie an den Überschneidungen der Farben sehen können. Je breiter ein Konzern aufgestellt ist, desto besser natürlich für den Konzern, aber umso weniger Wettbewerb hat man dann auch.

Interessant ist hier auch – wenn man sich diese Grafik ansieht – dass wir natürlich nicht nur europäische Konzerne haben, sondern auch in zunehmendem Maße ausländische Anbieter. Hier ist vor allem die russische Gazprom zu nennen, die sich auch schon sehr gut aufstellen in letzter Zeit. Und auch ganz gezielt Interesse haben bis hin zum Endkunden in Deutschland aber auch in anderen Ländern anzubieten. Es gab von Gazprom beispielsweise einen Vorstoß in England, einen dortigen Konzern zu übernehmen – oder Teile zumindest davon zu übernehmen. Gazprom ist ein Konzern, der in Russland die Reserven kontrolliert. Die russische Regierung setzt viel daran, dass auch die Gasreserven und Ölreserven in russischer Hand bleiben. Sie öffnen sich nicht wirklich dem Markt. Ausländische Investitionen sucht man eher zu verhindern. Da gab es einige Vorfälle auch in der letzten Woche. Und sie versuchen, sich ganz gezielt auf dem Weltmarkt zu positionieren. Es wird

quasi eine Abschottungshaltung des eigenen Marktes betrieben und gleichzeitig eine direkte, aggressive Expansionspolitik in bezug auf die ausländischen Märkte. Das werden wir in der Zukunft sehr viel stärker beobachten.

Jetzt haben Sie vielleicht die deutsche Debatte um die Strompreise verfolgt, die sich um die hohen Strompreise dreht. Sie waren sehr hoch, auch gerade in den letzten Wochen. Jetzt gibt es die Bundesnetzagentur, die in Deutschland gerade erste ihre Arbeit aufgenommen hat. Dazu muss man sagen, dass der deutsche Strommarkt bereits im Jahr 1998 liberalisiert wurde und es wurde damals keine Regelung hinsichtlich einer Preisaufsicht getroffen. Es gab auch keine Kontrolle für Unternehmensfusionen. Und jetzt, acht Jahre später, bemerkt man plötzlich, dass die Strompreise zu hoch sind. Wir haben wenige Anbieter, die den Markt dominieren. Was können wir tun?

Europa hat angemahnt, dass der deutsche Markt nicht dem Wettbewerbsgedanken entspricht. Es gibt zwei dominierende Konzerne, RWE und EON, die den Markt dominieren, die einen Großteil des Marktes dominieren. Zudem sind die sogenannten Übertragungsnetzentgelte, das sind die Entgelte, die für den Stromhandel gezahlt werden, zu hoch im europäischen Vergleich.

Die Bundesnetzagentur hat nun die Aufgabe, diese Netzentgelte zu kontrollieren und ggf. abzusenken. Es gab jetzt die ersten Bescheide: für den Konzern Vattenfall wurden die Netzentgelte um 18 % reduziert. Und jetzt kommen die nächsten Bescheide auch für RWE und EON. Dort wurden deutliche Absenkungen der Übertragungsnetzentgelte festgelegt, um 11 %. Damit sind sie immer noch weit über dem sogenannten Best-Practice Preis, das ist der Preis, den man auf europäischer Ebene festlegt, wenn man verschiedene Preise in den einzelnen Ländern vergleicht. Und hier sehen sie natürlich deutliche Unterschiede. Hier gibt es einzelne Länder, die sehr weit darunter sind, aber es gibt auch welche deutlich darüber. Spanien beispielsweise. Aber auch EnBW, EON und RWE sind alle deutlich darüber. Das heißt, es gibt hier sehr große Potenziale zur

Entgeltensenkung. Sie sehen sehr große Unterschiede. Die einzelnen Konzerne nehmen überhöhte Übertragungsnetzentgelte, was immer ein Zeichen dafür ist, dass nicht genügend Wettbewerb da ist, dass die Konzerne versuchen, den maximalen Profit herauszuholen und die Preise dementsprechend nach oben setzen. Die Bundesnetzagentur hat aber nur die Möglichkeit, die Netzentgelte zu kontrollieren, nicht die gesamten Preise.

Im Zuge dieser ganzen Strompreisdebatte – da gab es jetzt ja viele Politiker, die sich geäußert haben – muss man nur sehen, dass diese Entwicklung die logische Konsequenz der letzten acht Jahre ist. Wir haben es zugelassen, dass die Unternehmensfusion so stattgefunden haben wie sie stattgefunden haben, und wir haben es zugelassen, dass keine Regulierungsbehörde eingerichtet wird, die dementsprechend über die Preise wacht oder über entsprechende Reaktionen aus dem Markt.

Ich finde die Diskussion, die wir haben, erschreckend. Die Konzerne werden immer sehr negativ dargestellt. Die Bösen, die ständig die Preise nach oben schrauben, weil sie ja was Schlechtes im Schilde führen. Das ist natürlich Unsinn. Konzerne verhalten sich so, wie der Markt ist und Konzerne verhalten sich so, wie die Politik ihnen die Möglichkeiten gibt. Und jeder RWE-Konzern, jeder EON-Konzern hat Anteilseigner, hat Kapitaleigner, die auch entsprechende Gewinne sehen wollen. Und wenn ein Unternehmenskonzern hier plötzlich zu sozialen Aktivitäten aufruft, in dem er die Preise niedrig hält, und sozusagen alles das macht, was nicht Gewinnmaximierung bedeutet, ist das natürlich auch für die Anteilseigner nicht akzeptabel.

Insofern müssen wir übergehen zu einer Debatte darüber, was die Politik machen kann, damit diese Entwicklung sich verändert, bzw. auch die Konsequenzen sieht, die daraus resultieren, dass wir acht Jahre lang solche Politik hier Deutschland betrieben haben.

Ich zitiere nun aus dem Benchmark-Bericht der Europäischen Kommission, die praktisch feststellt, wie es mit der Wettbewerbssituation in den einzelnen

Ländern bestellt ist. Sie sehen, es gibt einen Strommarkt in Deutschland, der zum größten Teil über bilaterale Verträge geregelt ist. Es ist nicht so, wie die Konzerne häufig sagen, dass der Strompreis an der Börse die ausschlaggebende Größe ist. Nur 15 % des Stromhandels findet über die Börse statt. Nichtsdestotrotz ist der Börsenstrompreis letztlich der Indikator für die tatsächliche Höhe der Strompreise. Es gibt verschiedene Faktoren, warum der in der Vergangenheit so hoch war und wenn Sie sich jetzt nicht nur Ihre aktuelle Ölrechnung anschauen, sondern auch die Stromrechnung, werden Sie feststellen, da gab sehr hohe Sprünge nach oben, bis zu 20 % teilweise. Es kommt darauf an, wo Sie wohnen. Trotzdem sind die Strompreise hoch, sie bleiben auch erst mal hoch, weil die Faktoren so sind wie sie derzeit sind.

80 % der gesamten installierten Kapazität kommt von vier großen Unternehmen. Das heißt, vier Konzerne teilen sich den Markt auf. Es sind EON und RWE, die eine dominante Marktposition haben. Die Europäische Kommission hat den Verdacht, dass beide Konzerne hier auch ihre Marktposition ausnutzen. Das nennt man dann marktbeherrschende Stellung. Es gibt laufende Verfahren, Kartellverfahren. Bei RWE und EON sind die Firmenzentralen schon inspiziert worden. Es sind aber laufende Verfahren, wir wissen nicht, was letztendlich dabei herauskommen wird.

Neuanbieter müssen aber natürlich auch einen Anreiz haben, in den Markt zu kommen, das heißt, sie müssen Kunden suchen und sie müssen auch kostengünstigen Strom anbieten wollen.

Wenn die Übertragungsnetzentgelte schon sehr hoch sind, wie wir es gerade gesehen haben, ist das natürlich zum einen für neue Anbieter abschreckend in den Markt zu treten. Zum anderen ist es aber auch so, dass in Deutschland der Markt gesättigt ist. Das heißt, wir haben genügend Kapazität im Markt. Die wird zur Zeit angeboten von den vier großen Anbietern sowie einigen kleinen. Das heißt, es besteht auch gar kein Anreiz für sogenannte Newcomer, in den Markt hineinzukommen oder hinein gehen zu wollen.

Seit 2005 haben wir gesehen, dass sich gerade 13 Newcomer überhaupt für den deutschen Markt interessiert haben. Also, das auch noch mal zur Dimension. Wir haben über 900 Stadtwerke in Deutschland, die auch in Abhängigkeiten von den vier großen Anbietern in diesen Regionen dort agieren. 13 ist wirklich ein sehr kleiner Teil und das ist immer auch ein Zeichen dafür, dass der Markt auch wirklich gefüllt ist. Sie werden in keinen Markt hineingehen wollen, wo sie schon so eine Struktur vorfinden. Und die Strompreise sind tatsächlich, wenn man den europäischen Vergleichsmaßstab anlegt, zu hoch in Deutschland.

Die Politik der letzten Jahre hat alles dafür getan, dass die Strompreise hoch sind und dann sich jetzt heute hinzustellen und zu sagen, wir wollen niedrige Strompreise, ist natürlich schon ein gewisses Paradoxon, das wir hier beobachten, gerade in der politischen Landschaft.

Ich würde jetzt sehr gerne noch die anderen Aspekte erwähnen, die die Strompreise hochtreiben. Das ist einmal aus diesem Versorgungsdreieck aus Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit insbesondere der Klimaschutz.

Ich habe schon die Struktur der Stromerzeugung in Deutschland erwähnt. Hier noch mal im Vergleich 1990 und 2005. Sie sehen 1990: Braunkohleanteil 30 %, Steinkohle 26 %, Kernenergie 27 %, Erdgas etwa bei 7 %. 2005 hat sich daran nicht so grundlegend viel geändert, außer, dass wir etwas geringere Anteile haben an Kernenergie und Kohle und wir haben einen etwas erhöhten Anteil an Gas und vor allen Dingen erneuerbaren Energien. Die erneuerbaren Energien sind ja auch etwas, was man sich in Deutschland wünscht. Es gibt das sogenannte erneuerbare Energiengesetz, welches eine bestimmte Einspeisevergütung vorgibt für den Strom aus erneuerbaren Energien. Das kann Windenergie sein, das kann Sonnenenergie sein oder Biomasse oder Geothermie. Es ist damit eine dezentrale Stromerzeugung möglich. Wenn Sie sich jetzt ganz persönlich vorstellen, ein eigenes dezentrales Blockheizkraftwerk installieren zu wollen,

dann können Sie das. Es wird gefördert und Sie bekommen auch dann dementsprechend nicht nur den Marktpreis, sondern einen vorgegebenen Preis, den Sie dann durch das erneuerbare Energiengesetz vergütet bekommen.

Man wünscht sich ja, dass es mehr in die Richtung geht, noch mehr erneuerbare Energien einzusetzen. Weniger Kernenergie, das ist ja der Atomkonsens. Das nächste „Problem“ was wir haben in Deutschland ist, dass wir aus der Atomenergie aussteigen wollen. Es gibt einen Beschluss aus dem Jahr 2000, der dies festlegt.

Jetzt haben Sie vielleicht auch mitbekommen, dass die große Koalition diesbezüglich sehr zerstritten ist. Die CDU würde sich vorstellen können, die Atomenergie weiterlaufen zu lassen, sogar neue Atomkraftwerke zu bauen. Die SPD will am Atomkonsens festhalten, spricht keine Verlängerung der Laufzeiten. Die Energiegipfel sparen dieses Thema aus. Es ist natürlich insofern interessant zu sehen, dass man ganze Themenbereiche völlig ausklammert, wenn man über eine Energieversorgung der nächsten 30, 40, 50 Jahre spricht und man hier einfach bestimmte Themen sozusagen als black-box behandelt. Das kann natürlich nicht zu einer wirklich nachhaltigen Strategie führen, wenn man sich dort so auf bestimmte Themenbereiche reduziert.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema ist ja auch noch, welche Treibhausgas-Emissionen in Deutschland verursacht werden und wie viel Reduktion wir schon erreicht haben.

Es gibt das sogenannte Kyoto-Protokoll aus dem Jahre 1990, was jetzt auch im Jahre 2005 von den entsprechenden Ländern ratifiziert worden ist. Die USA sind nicht mehr dabei, auch Australien hat es nicht ratifiziert. Im Zuge des EU-Burden-Sharings ist es so, dass auch Deutschland sich verpflichtet hat, die CO² Emissionen um 21 % zu vermindern, bezogen auf das Basisjahr 1990.

Und hier sehen Sie die Aufteilung der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Der größte Teil der Treibhausgas-

Emissionen in Deutschland kommt aus dem Bereich der Energiewirtschaft, gefolgt vom Verkehr, also alles an Mobilität und Individualverkehr, Luftverkehr zählt hier dazu. Dann haben wir die Industrie und letztendlich noch private Haushalte, die auch einen Teil der Treibhausgase verursachen.

Interessant ist jetzt, dass es schon eine absteigende Tendenz gibt. Das ist zum Teil auf konkrete politische Maßnahmen zurückzuführen. Aber das ist auch bedingt durch die Erneuerung und Stilllegung alter Kraftwerke im ostdeutschen Raum nach der Wiedervereinigung. Insbesondere waren das ineffiziente Braunkohlekraftwerke, die sehr viel emittiert haben.

Erneuerbare Energien werden verstärkt eingesetzt und Kraft-Wärme-Koppelung wird gefördert. Und wir haben auch noch ein zusätzliches Instrument, was ich gleich noch etwas näher erläutern werde. Das ist der sogenannte Emissionsrechtehandel, der jetzt im letzten Jahr implementiert worden ist und der auch dazu führen soll, dass die Treibhausgase deutlich reduziert werden. Das heißt, Deutschland ist hier gar nicht so schlecht. Im Ländervergleich sehen wir, dass Spanien, Portugal und Griechenland unsere Sorgenkinder sind, die die Kyoto-Verpflichtungen nicht ansatzweise erfüllt haben, die weit darüber liegen und die im Grunde genommen durch das Kyoto-Protokoll verpflichtet werden, die Treibhausgase zu vermindern – in diesem Zeitraum bis 2008/2012. Das heißt, hier müssen wir sehen, ob die Instrumente, die wir jetzt gewählt haben, tatsächlich auch greifen können.

Ich hatte Ihnen gesagt, Versorgungssicherheit bedeutet auch, dass wir schauen müssen, wo die Energie herkommt. Deutschland ist ein ressourcenarmes Land. Außer der Braunkohle haben wir hier wenig zu bieten. Das heißt, wir müssen Energie importieren. Das haben wir auch schon in der Vergangenheit getan und hier sehen Sie die Übersicht der einzelnen Energieträger, die wir importieren. Selbstverständlich Öl, fast zu 100 Prozent. Die Steinkohle ist auch stark angestiegen. Das liegt daran, dass wir mehr Steinkohle aus dem Ausland

importieren, weil die deutsche Steinkohle nicht wettbewerbsfähig ist und weil die Subventionen abgebaut werden. Man hat sich auch politisch dafür entschieden, die Subventionen aus der Steinkohle abzubauen, weil man eine Technologie nicht so lange subventionieren möchte. Eine Technologie sollte irgendwann wettbewerbsfähig werden. Und das ist im Moment bei der deutschen Steinkohle nicht der Fall, so dass man mit dem Rückgang der Subventionen auch deutlich günstiger am Weltmarkt Steinkohle importieren kann, beispielsweise aus Südafrika oder sogar aus Australien. Natürlich importieren wir auch die Rohbrennstoffe für die Kernenergie und Gas. Braunkohle wiederum haben wir zum großen Teil bei uns im Land.

Interessant ist jetzt, dass, wenn wir alle Energieträger werten, unsere Importquote jetzt schon bei fast bei 80 Prozent liegt. Und interessant ist natürlich die Frage, wie sich das in der Zukunft entwickelt. Wir wissen, Steinkohle wird nicht weiter subventioniert. Das heißt, auch die Importe an Steinkohle werden steigen, es sei denn wir steigen aus der Steinkohle völlig aus. Das ist natürlich auch eine Option. Nur dann muss man sich fragen, woher kommt denn die Energieversorgung in Zukunft, wenn wir keine Steinkohle haben, wenn wir keine Braunkohle haben, wenn wir keine Atomenergie mehr haben.

Dann stellt sich die Frage, was ist denn der Ersatz. Eine Option sind Gaskraftwerke. Aber zum einen ist Gas natürlich auch ein wertvoller Rohstoff, den wir einsetzen wollen für das Heizsystem. Viele von Ihnen heizen mit Gas und setzen Gas auch in zunehmendem Maße als alternativen Energieträger im Verkehrsbereich ein. Wenn wir dann noch die Stromerzeugung völlig auf Gas umstellen, dann bedeutet das, dass wir 100 Prozent unserer Energieversorgung in Zukunft importieren. Nämlich mit Gasthechnologie. Und wo kommt Gas her? Schon heute zum größten Teil aus Russland und auch aus den Niederlanden und Norwegen.

Spielen wir das Szenario hier mal durch. Nehmen Sie die Trägerstruktur der Gasimporte in Deutschland nach Herkunftsländern im Jahre 2024 /2030. Hier sehen

Sie, dass einmal die Niederlande, Norwegen und Russland die Hauptenergiequellen sind, sogar die Hauptanbieter-Exporteure, von denen wir Gas kaufen. Und wenn wir jetzt sagen, das norwegische Gas geht zur Neige, das niederländische Gas geht zur Neige, dann müssten wir in der Zukunft den größten Teil der Gasversorgung durch russisches Gas abdecken. Es gibt jetzt auch eine zusätzliche Pipeline. Das dürfte nicht das Problem sein. Man macht sich aber natürlich sehr abhängig von einem Anbieterland, welches zudem oft energiepolitische Interessen mit außenwirtschaftlichen Interessen verquickt. Da kann man leicht in eine Situation kommen – erinnern Sie sich an den Gasstreit mit der Ukraine Anfang des Jahres – wo Russland sagt, jetzt drehen wir einfach den Gashahn zu. Gut, die Ukraine hat nicht bezahlt, oder zu wenig bezahlt. Das kann aber auch anderen Ländern passieren, dass Russland den Hahn zudreht, wenn man die Rechnung nicht bezahlt. Das bedeutet für uns natürlich, dass wir uns überlegen müssen, ob wir wirklich in der Zukunft 80 Prozent der Energie aus Russland importieren wollen.

Es gibt eine zusätzliche Möglichkeit, welche die Situation vielleicht etwas entspannt. Sie können Gas auch überschiffen. Sie können Gas verflüssigen und ähnlich wie Öl in der ganzen Welt transportieren. Das ergibt natürlich eine Option. Dann können Sie auch von Ländern wie zum Beispiel Katar oder Iran Gas importieren. Der Iran ist im Moment ein kleines Sorgenkind. Da will man gerade die Importe erhöhen. Aber Sie sehen, es ist natürlich immer ein Gemengelage aus politischen Interessen und Möglichkeiten, von dem die Energieversorgung in der Zukunft hier abhängt. Aber Katar ist ein Land, aus dem sie auch über Schiffe Gas importieren können. Es nennt sich Liquefied-Naturelle-Gas-Energy. Das wäre dann die Möglichkeit, den Import von russischem Gas zu reduzieren.

Aber noch einmal: Ist es wirklich sinnvoll, die Energieerzeugung vollständig auf Gas umzustellen? Das würde auch, dass der Gaspreis explodiert. Und dann sind wir in der ähnlichen Dimension wie beim Ölpreis. Das ist natürlich auch immer ein volkswirtschaftlicher Faktor. Wenn Sie

hohe Energiekosten haben, haben Sie auch Probleme mit der Volkswirtschaft. Deutschland kann das vielleicht noch verkraften, aber andere Länder in der Welt sind da eher benachteiligt. Und wenn man sich die langfristige Perspektive anschaut, dann muss man natürlich hinterfragen, welche Kosten wir hier tragen können.

Die EU macht sich auch ihre Gedanken und sieht diese Problematik, sieht speziell die Problematik der russischen Abhängigkeit, jetzt gerade aufgerüttelt durch das Jahr 2006, wo Russland für die Ukraine den Gashahn zugedreht hat und wir auch teilweise Engpässe hatten. Wenn dort eine Pipeline abgestellt wird, wird es auch hier problematischer. Wir haben noch Reserven und können die auch nutzen. Aber nichtsdestotrotz verdeutlicht dies ja auch die Problematik der Versorgungssicherheit, die natürlich in der Zukunft eine wichtige Rolle spielt. Die Energieabhängigkeit, auch mit den derzeitigen politischen Signalen, steigt auf 70 Prozent. Das heißt, wir importieren auch als Europa der Zukunft 70 Prozent unserer Energie aus dem Ausland.

Die Öl- und Gaspreise bleiben hoch. Der Preis für Öl ist im Moment ein bisschen nach unten gegangen. Das lag daran, dass den Spekulanten so ein bisschen den Wind aus den Segeln genommen wurde, weil es die Hurrikans nicht gab, die befürchtet wurden und weil der Iran im Moment recht zahm ist. Da man noch nicht weiß, in welche Richtung es gehen wird, ist hier im Moment ein Preisrückgang zu beobachten, der im übrigen auch noch weiter nach unten gehen kann. Wir sind im Moment bei etwa 60 Dollar pro Barrel.

Das kann schon noch weiter nach unten gehen, bis hin zu 45 Dollar pro Barrel. Das ist rein marktwirtschaftlich möglich. Aber es sind ja auch andere Faktoren, Sorgen über bestimmte Entwicklungen, die den Preis wieder nach oben treiben.

Langfristig ist aber eher damit zu rechnen, dass der Ölpreis hoch bleibt. Und die Gaspreise – wir haben es gerade gesehen – werden aufgrund der zu erwartenden höheren Nachfrage auch steigen.

Dann muss Russland in die Infrastruktur investieren, in Öl- und Gasförderstätten (circa eine Billion Euro wäre notwendig). Wenn wir dieses Szenario, was ich Ihnen gerade gezeigt habe, aufrecht erhalten würden, dass wir so viel Gas aus Russland importieren, bedeutet das auch, dass sehr viel Geld in die Förderanlagen und Pipelines investiert werden muss. Einfach weil das russische Gaspipeline-System sehr marode ist. Es entweicht sehr viel Gas. Das ist auch ein Problem für die Treibhausgase, zudem wird sehr viel Gas im Land verschwendet. Der Innerverbrauch in Russland ist auch sehr hoch. Und wenn die Russen im Moment an sehr viele Länder verkaufen bedeutet dies, dass Russland den eigenen Bedarf herunterschrauben muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bevölkerung das tatsächlich will. Oder Russland entschließt sich in Atomenergie zu investieren. Das bedeutet, es entstehen in Russland Atomkraftwerke, um uns mit Gas zu beliefern. Aber Deutschland verzichtet auf Atomkraftwerke. Gut – das kann man auch wollen. Das ist auch eine politische Diskussion, die natürlich eine Rolle spielt.

Jetzt muss man auch sehen, dass der russische Markt sich abschottet. Russland hat bis heute nicht die Energiecharta unterzeichnet, d.h. dass sich der russische Markt öffnet für private Investoren und hier auch entsprechend ausländische Investitionen zugelassen werden. Es sind diverse Vorfälle auch auf russischer Seite, die zeigen, dass ausländisches Kapital eher verhindert wird. Die letzten Vorfälle betrafen Shell und BP, deren Ölförderplattformen stillgelegt wurden. Es sind jetzt auch russische Konzerne, die das kontrollieren. In Venezuela kann man eine ähnliche Entwicklung beobachten.

Also alle Länder, die eigene Reserven haben, versuchen sich auch abzuschotten. Das birgt natürlich auch eine potenzielle Gefahr, weil man nicht sieht, welche Investitionen dort tatsächlich getätigt werden und welche Infrastrukturmittel eingesetzt wurden. Und ob die Pipelines diesen Bedarf, den wir haben, auch werden abdecken können. Das sieht auch die Europäische Kommission. Man möchte mit Russland hier einen klugen

Dialog führen und auch diese Probleme besprechen. Aber man kann natürlich nicht mehr machen, außer seine Wünsche zu äußern und zu hoffen, dass die dementsprechend umgesetzt werden.

Die EU hat natürlich eine andere Sicht in Punkto Atomenergie als Deutschland. Es gibt viele europäische Länder, die Atomenergie favorisieren. Stichwort: Frankreich. Aber auch andere europäische Länder. Finnland plant derzeit einen neuen Reaktor. Deutschland ist hier recht isoliert in diesem europäischen Gefüge mit der Vorstellung, die Atomenergieerzeugung herauszuhalten. Das muss man neutral so sehen und Europa möchte hier eine transparente objektive Debatte auch führen.

Zum Thema erneuerbare Energien. Es wird auch auf europäischer Ebene gesehen, nicht nur in Deutschland, dass die erneuerbaren Energien ein neues Gewicht bekommen sollen. Bis 2010 soll ihr Anteil 21 Prozent betragen und sie sollen entsprechend gefördert werden. Das wird sehr unterschiedlich gehandhabt in den einzelnen Ländern. Deutschland z. B. macht es über das so genannte Einspeisesystem. Andere Länder haben Quotenmodelle. Im Vergleich sieht man allerdings, dass das Einspeisesystem deutlich effektiver ist. Es werden viel mehr erneuerbare Energien in den Markt gebracht, als über diverse Quotenmodelle.

Natürlich möchte man Solidarität haben, man möchte den Klimawandel bekämpfen, man möchte eine sichere, neutrale und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Man möchte neue Technologien und man möchte auch einen EU-Binnenmarkt für Strom und für Gas, der aber im Moment noch nicht als umsetzbar angesehen wird.

Was gibt es jetzt für Handlungsoptionen? Was haben wir getan? Was kann Europa tun? Was kann Deutschland tun? Das sind im Wesentlichen die Fragen, die geklärt werden müssen.

Ein neue Option ist der Emissionsrecht-handel, der seit 2005 auch in Europa stattfindet. Der Emissionsrecht-handel ist ein System, wo Unternehmen und

auch Energiekonzerne, aber auch Trader und Broker Emissionsrechte handeln können. Es gibt eine Erstzuteilung an Emissionsrechten, die Industrie- und Energiekonzernen kostenlos zugeteilt wurde und diese Emissionsrechte können dann untereinander gehandelt werden.

Die Idee ist die folgende: Man gibt eine bestimmte Emissionsobergrenze vor, die nicht überschritten werden darf und diese Rechte werden dann verteilt an die einzelnen Akteure und können untereinander gehandelt werden, so dass wir eine kostenoptimale Umsetzung haben von Emissionsvermeidungsstrategien. Das sagt die volkswirtschaftliche Theorie. Die volkswirtschaftliche Theorie sagt auch, ein Emissionsrechtehandel kann nur dann vernünftig funktionieren, wenn wir genügend Informationen haben über die Erstzuteilung, das heißt wir müssen ganz genau wissen, welcher Konzern emittiert wie viel Emission heute und in den nächsten 10 Jahren. Und wir müssen ganz genau wissen, welche Akteure im Markt sind und wie die Bedarfssituation sein wird. Diese Informationen liegen nicht vor. Das kann man auch nicht erwarten, wenn so ein Instrument innerhalb von mehreren Monaten auf die Beine gestellt werden muss. Die Konsequenz war, dass bestimmte Lobbyisten es geschafft haben, sehr viele Emissionszertifikate zu erhalten. Es gibt genügend Konzerne in Deutschland, die mit Emissionsrechten überausgestattet sind, sprich sie haben mehr, als sie eigentlich brauchen. Das bedeutet letztendlich, dass sie die überschüssigen Rechte verkaufen könnten. Wenn es aber nur Konzerne gibt, die verkaufen, und keine, die kaufen, dann haben wir keinen Markt. Und das ist genau das Problem mit dem Emissionsrechtehandel. Zumindest wie er in der Vergangenheit gelaufen ist. Da es in Europa nun praktisch nur Anbieter gibt und wenig Nachfrager führt natürlich dazu, dass dieses Instrument dann nicht mehr richtig funktionieren kann. Und ein zusätzlicher Punkt ist auch noch, dass die Emissionsrechte als so genannte Kostenkomponenten in den Konzernen auch bilanziert werden. Das heißt, sie müssen natürlich auch eingerechnet werden in deren Kostenkalkulation, unabhängig davon, ob sie kostenneutral

zugeordnet wurden oder ob sie tatsächlich ersteigert oder gekauft worden sind. Das heißt, die Konzerne verhalten sich durchaus legitim, es ist bilanztechnische Notwendigkeit, dass die Emissionsrechte eingepreist werden. Das bedeutet eine Erhöhung des Strompreises. Es wussten auch alle Politiker vorher, dass es so funktioniert und jetzt gibt es die Diskussion, dass plötzlich gesagt wird, die Konzerne verhalten sich sittenwidrig oder unnormale, wenn sie jetzt die Emissionsrechte einpreisen und das ist schlichtweg einfach falsch. Wie kann man das verhindern? Man könnte die Rechte versteigern und damit würde man auch ein Preis erzielen, der dem tatsächlichen Marktwert entspräche. Die Konzerne hätten reale Kosten und würden diese dann auch einpreisen. Das hat die Bundesregierung leider versäumt. Man muss aber auch sagen, Europa hat gar nicht die Möglichkeit dazu geschaffen. Das heißt, hier wurde auch aus europäischer Sicht meiner Meinung nach versäumt, dieses Instrument vernünftig einzubauen.

Wegen des Klimaschutzes ist es natürlich wichtig, dass wir viele erneuerbare Energien haben, dass das EEG weiter fortgesetzt wird. Eine neue Idee ist es auch, das für den Wärmebereich anzuwenden, sprich, dass Sie eine bestimmte Vergütung bekommen, wenn Sie jetzt erneuerbare Energien bei sich zu Hause für den Heizbedarf nutzen. Wenn Sie z.B. eine Pelletsheizung kaufen, bekommen Sie dafür eine Vergütung oder eine bestimmte Subvention. Aber auch alternative Kraftstoffe, Stichwort: bio-fuels, sollen gefördert werden. All diese Dinge, die für den Klimaschutz natürlich wichtig sind.

Was kann man in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit tun? Im Grunde kann man nur dafür sorgen, dass die Regulierungsbehörde vernünftig arbeiten kann. Dass man die Netzentgelte kontrolliert, dass man Durchleitungsentgelte dieser Kostenkontrolle unterwirft, dass man gegebenenfalls auch die ganzen Preise kontrolliert, aber nicht – wie jetzt gefordert wird – dass man acht Jahre nach der Liberalisierung des Strommarktes plötzlich auf die Idee kommt, die Netze zu entkoppeln von der Produktion. Das

hätte man meiner Meinung nach sofort machen müssen, wenn man einen Markt liberalisiert. Das ist in England auch so gewesen.

Wie geht es weiter in Deutschland? Die Handlungsoptionen sind klar. Es gibt Ersatzinvestitionen, die geleistet werden müssen bis zum Jahr 2020. Das heißt, Atomkraftwerke gehen vom Netz, alte Kohlekraftwerke gehen vom Netz und die müssen ersetzt werden. Und da stellt sich jetzt die Frage, mit welcher Technologie. Ist das Gastechologie, wie schon besprochen, sind es erneuerbare Energien. Es ist letztendlich die Aufgabe der Politik und der Wirtschaft, darüber zu entscheiden.

Nur muss man beachten, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie, verbunden mit dem Anspruch, die Klimaschutzminderungsziele zu erfüllen, in der Größenordnung, zu der sich Deutschland verpflichtet hat, erhebliche Probleme schafft. Sie sehen hier in meiner Grafik für die Jahre 2008 bis 2012 aufgelistet, welche Komponenten tatsächlich emissionsmindernd wirken. Das ist natürlich das EEG, die Förderung der erneuerbaren Energien, aber auch die Kraft-Wärme-Koppelung, das Gas. Und der Emissionshandel trägt letztendlich auch dazu bei, dass Emissionen vermindert werden. Aber wir haben den Ausstieg aus der Atomenergie. Und die Entwicklung der Emissionen hängt davon ab, mit welchen Technologien die Atomenergie ersetzt wird. Wenn dies mit Kohletechnologie geschieht, wie es jetzt häufig geplant wird, bedeutet das, dass die Treibhausgase steigen. Und damit erfüllen wir unsere Ziele der Treibhausgasemissionsminderung nicht mehr.

Nun zu den Strompreisen. Wie geht es denn weiter mit den Strompreisen? Und hier muss man sehen, 25 Prozent des Strompreises kommen aus der Erzeugung. Das sind die Kosten, über die sich alle beschweren. Der Wettbewerb ist nicht da und die Konzerne zocken uns alle ab, so sagt man. Aber man muss auch die Rahmenbedingungen sehen, die jetzt auf die Konzerne zukommen. Der Atomausstieg ist beschlossen, die Gaspreise steigen, Kohle wird attraktiver. Wir haben aber auch CO²-Preise, die die

Erzeugung wiederum verteuert. Gerade für die Kohletechnologie. Und die Rohstoffpreise werden auch in der Zukunft hoch sein.

Nun versucht man, die Preise über die Bundesnetzagentur zu drücken. Das sind auch 25 Prozent des Preises, die sich hier vermindern könnten. Aber 2007 kommt die Mehrwertsteuererhöhung, das heißt, hier geht der Preis noch mal wieder rauf. Dann haben wir das Erneuerbare Energiengesetz, das sind 3 Prozent des Strompreises. Kraft-Wärme-Koppelung 2 Prozent. Hier haben wir noch die Öko-Steuer, über die im Moment ja kaum jemand redet. Die Öko-Steuer macht dann wirklich Sinn, wenn die Energiepreise extrem niedrig sind. Wenn sie extrem hoch sind, kann es bedeuten, dass ein hoher Energiekostenanteil die Volkswirtschaft belastet und man entscheiden muss, wo die Prioritäten liegen.

Meine Prognose für das Jahr 2007 lautet: steigende Strompreise von 10 Prozent. Warum? Wir haben den Atomenergieausstieg und die steigenden Rohstoffpreise. Wir haben den Wettbewerbsfaktor und wir haben auch noch die Umsatzsteuer, die den Preis dementsprechend nach oben treibt.

Abschließend jetzt die Handlungsoptionen für die Politik. Es geht ja darum, mehr Wettbewerb zu bekommen. Hier ist die Regulierungsbehörde auch so auszustatten, dass sie dementsprechend die Preise kontrollieren kann. Preisreduktion durch Kompensation ist zum Beispiel auch eine Möglichkeit, in dem man die Öko-Steuer reduziert oder die Emissionsrechte versteigert oder das Aufkommen zur Kompensation energie-intensiver Branchen einsetzt.

Die Entkoppelung des Ölpreises vom Gaspreis ist auch noch ein Faktor. Der Gaspreis folgt immer dem Ölpreis. Wenn man allerdings hier den Wettbewerbsgedanken weiter durchspielt, müsste man es eigentlich entkoppeln. Aber der Gaspreis wird auch in der Zukunft weiter steigen. Dann haben wir erneuerbare Energien, die eine Rolle spielen. Wir haben auch die Kohletechnologie. Ich hatte noch nicht erwähnt, dass es auch neue Ansätze gibt, die Kohletechnologie

sauber zu machen. Man nimmt beispielsweise die CO²-Emissionen und lagert sie ein in alten Gaskavernen. Damit hätte man das Problem der CO²-Emission gelöst. Die Technik ist allerdings noch nicht verfügbar. Wir wissen auch nicht, welche Risiken sie birgt. Und Kraft-Wärme-Kopplung spielt natürlich auch eine Rolle. Der Emissionsrechtehandel, wie erwähnt. Es ist immer richtig, Innovationen voran zu bringen. Das heißt, auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen und auch gezielte Kombination von spezifischen Instrumenten zu erzielen.

Es gibt derzeit neun Ministerien, die sich mit dem Thema Energie befassen und die unterschiedlichsten Interessengruppen. Neun Ministerien sind einfach zu viel. Es wäre wünschenswert, ein Ministerium zu haben, wo die Interessen gebündelt werden und wo man auch all die genannten Aspekte berücksichtigt.

Und damit bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

Technik des 21. Jahrhunderts – Perspektiven für die Zukunftsmärkte



Kurzfassung des Vortrags

Der ausführliche Vortrag liegt bislang nicht vor, wird in Kürze veröffentlicht.

Warum avanciert der Begriff Innovation, den Joseph Schumpeter vor 70 Jahren in die Wirtschaftswissenschaften eingeführt hat, erst heute zum Zauberwort, das Zukunftsfähigkeit und Wohlstand im globalen Wettbewerb verspricht? Ist das Gerede von Innovation nur eine Mode oder bloß eine Hoffnung erweckende Ausflucht in trostlosen Zeiten? Wird morgen schon ein anderes Schlagwort den Zeitgeist bestimmen? Wir glauben das nicht. Im Gegenteil: Es gibt keinen besseren Begriff, der unsere gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem technisch-wirtschaftlichen Wandel beschreibt. Im Begriff der Innovation fokussieren sich viele Ambivalenzen der Moderne. Er ist ausreichend offen für die Unvorhersehbarkeit der Zukunft und bietet Platz für menschliches Handeln. In ihm stecken Risiko und Chance, Scheitern und Erfolg, vor allem aber geht von ihm der mitreißende Impuls aus, dass mit Mut und Phantasie das Unvorhersehbare zu bewältigen ist. Das eröffnet neuen Spielraum für jeden einzelnen, mitzuwirken an der Gestaltung der Zukunft, wie es die Medienkampagne „Du bist Deutschland“ propagiert, die im Rahmen der Initiative „Partner für Innovation“ den Boden für eine neue Innovationskultur in Deutschland bereitet hat und bereiten will. Der Appell an jeden Einzelnen heißt: Du kannst mitwirken, damit wir nicht zum

Spielball des Wandels sondern zu Gestaltern des eigenen Schicksals werden.

Neue Technologien, vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologien, die Perfektionierung der logistischen Strukturen und die Einbindung bisher abgeschotteter Absatz- und Arbeitsmärkte verstärken diese Dynamik zum entfesselten, globalen Wettbewerb. Die deutsche Wirtschaft reagiert darauf mit der Verlagerung der Produktion in andere Länder und der Erschließung neuer Märkte in dynamisch wachsenden Wirtschaftsregionen. Deutschlands Erfolg als Exportweltmeister ist auf Innovation gegründet. Die erfolgreichen Unternehmen demonstrieren, dass sich auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten überproportionales Wachstum erzielen lässt. Viele sind gegen den Trend erfolgreich. Was sie auszeichnet ist eine klare strategische Ausrichtung, ein ausgeprägtes Innovationsmanagement und eine konsequente Kundenorientierung.

An diese Stärken müssen wir anknüpfen, damit der Standort eine Zukunft hat. Doch während andere Länder das Tempo des technischen Fortschritts weiter forcieren, grundlegende Reformen durchführen und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich erhöhen, ist der Innovationsmotor in Deutschland ins Stocken geraten. Deutschland hat große Probleme, sich auf die schnellere Geschwindigkeit des technischen Wandels einzustellen. Woher kommt die Innovationschwäche?

Prof. Dr. Hans-Jörg Bullinger
Prof. Dr.-Ing. habil.
Prof. e.h.Dr. h.c. mult.
Präsident
der Fraunhofer-
Gesellschaft,
Unternehmenspolitik
und Forschung

An Patentrezepten, gegenseitigen Vorwürfen und wohlgemeinten Aufrufen mangelt es nicht. Doch vorangekommen sind wir in den letzten Jahren kaum.

Warum dauern in Deutschland die Prozesse so lang?

Warum sind wir in der Grundlagenforschung und der Patentstatistik oft an der Spitze, fallen aber zurück, wenn es um die Umsetzung der neuen Erkenntnisse in neue Produkte und Verfahren geht?

Die zentrale Herausforderung lautet: Wie können wir den Motor, der die Wirtschaft antreibt, wieder auf Touren bringen?

Der Versuch, nur einfach mehr Gas zu geben, reicht nicht aus. Wir müssen auch über neue, bessere Antriebssysteme nachdenken, mit denen die höheren Geschwindigkeiten bewältigt werden können. Das bedeutet aber einen Paradigmenwechsel des Innovationssystems: An die Stelle der traditionellen großen Unternehmen und staatlichen Forschungseinrichtungen treten flexible Innovationsnetzwerke. Die Fraunhofer-Institute praktizieren seit langem eine Kultur der Zusammenarbeit in Netzwerken, um die Technik für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Neue Formen der Zusammenarbeit werden inzwischen auch in drei regionalen „Innovationsclustern“ erprobt. Zudem hat die Fraunhofer-Gesellschaft insgesamt 12 Perspektiven für Zukunftsmärkte ausgerufen. Sie zeichnen sich durch ein herausragendes Innovationspotenzial und große Marktnähe aus. Der hohe Forschungs- und Entwicklungsbedarf in diesen Bereichen kann in besonderer Weise von der Fraunhofer-Gesellschaft erfüllt werden. Die entsprechenden Arbeiten werden daher von den Fraunhofer-Instituten gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft energisch vorangetrieben.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Themen:

1. Internet der Dinge - Selbst ist das Paket!

Das Internet ist ein sich selbst organisierendes Verteilungssystem. Überträgt man dieses Prinzip auf reale Waren, sucht sich jedes Paket seinen Weg zum Kunden selbst.

2. Intelligente Produkte und Umgebungen - Allzeit bereite, unsichtbare Helfer

Elektronik hilft im Alltag: Sensoren und Mikrochips orten Geräte, steuern Serviceroboter, erinnern uns an Wichtiges und erledigen Lästiges.

3. Mikroenergietechnik - Power für unterwegs

Mobile elektronische Geräte wie Handys und Kameras sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken: Miniaturisierte Brennstoffzellen verbessern deren Energieversorgung.

4. Adaptronik - Strukturen werden aktiv

Adaptronische Systeme dämpfen aktiv Vibrationen: Maschinen und Fahrzeuge laufen ruhig, Lärm wird vermieden oder beseitigt.

5. Simulierte Realität: Werkstoffe, Produkte und Prozesse - Die Zukunft im Rechner

Planung und Realität rücken näher zusammen: Moderne Simulationstechnik erlaubt es, die Eigenschaften von Bauteilen und Produkten schon in der Konstruktionsphase zu testen.

6. Mensch-Maschine-Interaktion - Nie mehr Knöpfe drücken

Die Interaktion zwischen Mensch und Maschine wird leicht und intuitiv. In Systemen der Virtuellen Realität können sich Konstrukteure und Planer ohne Ablenkung durch komplizierte Eingabegeräte bewegen.

7. Grid Computing - Rechnen Sie doch, wo Sie wollen

Was für Menschen gilt, optimiert auch die Datenverarbeitung: eine gute Zusammenarbeit. Zu einem »Grid« zusammen geschaltete Standardrechner können selbst die Leistung von Supercomputern übertreffen.

8.

Integrierte Leichtbausysteme

- Schlankheitskur für Auto und Co.

Leichtbautechnik bringt vor allem im Fahrzeugbau Vorteile: Ist weniger Masse zu bewegen, fällt auch der Energieverbrauch geringer aus.

9.

Industrielle weiße Biotechnologie

- Die Natur als chemische Fabrik

Pflanzen produzieren Rohstoffe: Algen oder höhere Pflanzen lassen sich mit Gentechnik dazu bringen, wertvolle pharmazeutische und chemische Substanzen in sehr hoher Qualität herzustellen.

10.

Tailored Light - Licht als Werkzeug

Der Laser erobert neue Anwendungsfelder in der Industrie. Die hochpräzise Führung des Strahls durch spezielle Spiegel erlaubt schnelle und komplexe Schweißvorgänge und optimiert so die Herstellung.

11.

Polytronik - Gedruckte Elektronik

- leuchtende Tapeten

Leitfähige oder leuchtende Kunststoffe eröffnen neue Perspektiven: Preisgünstige elektronische Etiketten gehören ebenso dazu wie zusammenrollbare Bildschirme oder in die Kleidung integrierte Sensoren.

12.

Security - Sicherheit durch Hightech

Viele Sicherheitstechnologien beruhen auf der Möglichkeit, Personen eindeutig zu identifizieren. Biometrische Verfahren erweisen sich hier als sehr zuverlässig.

